



16.4.1999



0002271044

# **Chancen nutzen: Zukunftsoffensiven für Brandenburg!**

**Entwurf der „Arbeitsgruppe Hackel“  
für ein Wahlprogramm der CDU**

---

Der Landesvorstand der CDU hat mich beauftragt, einen Programmentwurf für die Landtagswahl 1999 zu erarbeiten. Aus diesem Grunde habe ich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich der Aufgabe angenommen hat. Diese „Arbeitsgruppe Hackel“ legt Ihnen einen Entwurf vor, der im Landesvorstand, den Kreisverbänden und den Landesfachausschüssen zur Diskussion steht. Er umfasst vier Teile:

- A. Offensive für Arbeit und Wirtschaft
- B. Bildungsoffensive
- C. Sicherheitsoffensive
- D: Offensive für ein lebenswertes Brandenburg

Die einzelnen Kapitel sind in einen allgemein beschreibenden und einen von der CDU zu gestaltenden Teil untergliedert. Letzterer benennt jeweils die Leitlinien der zukünftigen politischen Tätigkeit.

Eine lebhafte innerparteiliche Debatte über den Entwurf möge Anregung und Ergänzung bringen, die schließlich zu einem abgerundeten Wahlprogramm führen.

Dr. Wolfgang Hackel

<b>Präambel</b>	7
<b>A. Offensive für Arbeit und Wirtschaft</b>	9
<b><u>Herausforderungen und Chancen Brandenburgs im internationalen Standortwettbewerb</u></b>	9
<i>Mittelstand und Handwerk Impulse geben</i>	9
<i>Selbständigkeit fördern - Existenzgründer unterstützen</i>	10
<i>Innovationskraft stärken - neue Technologien fördern</i>	1
<i>Wirtschaftschancen erkennen und nutzen</i>	12
<i>Perspektiven für die Landwirtschaft</i>	13
<i>Arbeitsförderung - Brücken zum ersten Arbeitsmarkt</i>	14
<b><u>Ausbau der Infrastruktur – Mobilität für alle</u></b>	14
<i>Straßen bauen und erhalten</i>	14
<i>Großflughafen Schönefeld – Internationales Drehkreuz schaffen</i>	15
<i>Transrapid realisieren</i>	16
<i>Nahverkehr attraktiv gestalten</i>	16
<i>Verkehrsträger entwickeln und vernetzen</i>	17
<b><u>Solide Finanzpolitik</u></b>	17
<i>Investitionen erhöhen</i>	17
<i>Verschuldung abbauen</i>	18
<i>Deregulierung und Entbürokratisierung</i>	18
<b>B. Bildungsoffensive</b>	19
<b><u>Der Jugend eine Zukunft geben</u></b>	19
<i>Wertevermittlung und „Mut zur Erziehung“</i>	19
<b><u>Für eine bessere Schule</u></b>	20
<i>Schule für alle</i>	20
<i>Antworten auf bestehende Defizite</i>	21
<i>Grundschule - Weichenstellung fürs Leben</i>	22
<i>Weiterführende Schulen - Profile schärfen</i>	22
<i>Der Berufsschule mehr Aufmerksamkeit schenken</i>	23
<i>Individuelle Förderung stärken</i>	23
<i>Schulstandorte erhalten</i>	24

25	<u>Zukunftschancen durch Wissenschaft und Forschung</u>
26	<b>C. Sicherheitsoffensive</b>
26	<u>Verbrechen wirksam bekämpfen</u>
27	<u>Sichere Grenzen - Innere Sicherheit als europäische Aufgabe</u>
28	<u>Strafverfolgung und Strafvollzug stärken</u>
29	<b>D. Offensive für ein lebenswertes Brandenburg</b>
30	<u>Kommunen stärken</u>
30	<i>Vielfalt und Eigenständigkeit der Kommunen sichern</i>
30	<i>Zukunftsweisendes Stadtmarketing - Neue Vitalität für die Innenstädte</i>
31	<i>Finanzkraft der Kommunen stärken</i>
32	<i>Kommunale Planungshoheit garantieren</i>
33	<i>Kommunales Ehrenamt stärken</i>
33	<u>Starke Regionen entwickeln</u>
33	<i>Regionale Potentiale weiterentwickeln</i>
34	<i>Zukunftschancen für den ländlichen Raum</i>
34	<u>Für eine soziale und familienfreundliche Gesellschaft</u>
34	<i>Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme erhalten</i>
35	<i>Familie - wichtigste Säule der Gesellschaft</i>
36	<i>Unbeschwerte Kindheit - Kinderlärm ist Zukunftsmusik</i>
36	<i>Gesundheitssystem sichern</i>
37	<i>Frauenpolitik und Gleichberechtigung fördern</i>
37	<i>Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft</i>
38	<i>Menschen mit Behinderung integrieren- behindertengerechte Umwelt verwirklichen</i>
38	<u>Sport und Vereine - Freizeit in der Gemeinschaft gestalten</u>

---

<b><u>Kultur-Land Brandenburg</u></b>	39
<i>Kultur-Land Brandenburg erhalten</i>	39
<i>Medienstandort stärken</i>	39
<b><u>Wohnen in Brandenburg – Bestand modernisieren</u></b>	40
<b><u>Schutz und Erhaltung einer intakten Umwelt - Verantwortung für die Zukunft</u></b>	41
<i>Natur und Landschaft erhalten und erlebbar machen</i>	41
<i>Abwasser- und Abfallentsorgung - umweltverträglich und bürgerfreundlich</i>	41
<b><u>Kirche in Brandenburg - Orientierung und sozialer Halt</u></b>	42
<b><u>Integration ausländischer Mitbürger voranbringen</u></b>	42
<b><u>Zusammenarbeit der Länder - Brandenburg im Herzen Europas</u></b>	43

## Präambel

Seit 1990 haben wir tiefgreifende Veränderungen erlebt und auch die nächsten Jahre werden uns vor viele Herausforderungen stellen. Wer die Zukunft gestalten will, muss die Chancen erkennen und neue Wege beschreiten. Wir brauchen Visionen, wie die Zukunft Brandenburgs aussehen kann, um Menschen dazu zu gewinnen, daran mitzuarbeiten.

Die CDU Brandenburg stellt Ihnen mit diesem Programm „Chancen nutzen: Zukunftsoffensiven für Brandenburg!“ ihre Ziele für den Start des Landes in das nächste Jahrhundert vor. Wir wollen die wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs vorantreiben und dabei das menschliche Gesicht unserer Gesellschaft wahren. Wir wollen eine Gesellschaft, deren Eckpfeiler Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind.

Wir wollen die Chancen Brandenburgs nutzen und ein sicheres Fundament für die Wirtschaft unseres Landes und neue Arbeitsplätze schaffen. Bei uns hat die Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der brandenburgischen Wirtschaft einen besonderen Stellenwert, denn ein starker Wirtschaftsstandort ist Garant für Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit.

Wir setzen auf die Kraft und die Wirkung der Eigenverantwortung, der Selbstbestimmung und der Selbständigkeit. Und wir setzen auf die Solidarität der Starken und Leistungsfähigen, die in besonderem Maße Verantwortung für diejenigen übernehmen müssen, denen die Kraft oder die Möglichkeit fehlt, sich selbst zu helfen.

Brandenburg braucht Rahmenbedingungen, die Menschen motivieren und befähigen, Initiative zu ergreifen, denn Unternehmer und Existenzgründer sind „Baumeister der Zukunft“. Wir wollen der Sorge, das Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit in die Ellenbogengesellschaft führen, entgegenzutreten. Denn wir sind davon überzeugt, dass eine solidarische Gesellschaft die Schrittmacher und Vordenker für die Gestaltung der Zukunft dringend braucht.

Wir wollen der Jugend den Start in eine gute Zukunft ermöglichen. Bildung und Ausbildung sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass Menschen ihr Leben frei und selbstverständlich gestalten können. Die CDU will eine deutliche und spürbare Erhöhung der Qualität der schulischen Bildung, um junge Menschen angemessen auf das Berufsleben vorzubereiten. Eine gute Ausbildung öffnet für Jugendliche die Tür zur Zukunft.

Brandenburg braucht Freiheit und Sicherheit. Die Menschen wollen sich ohne Angst bewegen können und erwarten zu recht, dass die Kriminalität wirksam eingedämmt wird. Sie haben einen

01 Anspruch darauf, dass Verbrechen und Kriminalität konsequent bekämpft werden. Die CDU steht  
02 für eine freiheitliche Gesellschaft und ein gesellschaftliches Klima, deren Grundlagen Sicherheit  
03 und Ordnung sind.

04

05 Wir wollen starke und eigenständige Kommunen mit politischem Gestaltungsspielraum. Nur  
06 wenn die Finanzkraft der brandenburgischen Kreise, Städte und Gemeinden deutlich gestärkt  
07 wird, können diese ihrer Verantwortung als bürgernaher Dienstleistungsbetrieb gerecht werden  
08 und das soziale, kulturelle und sportliche Leben mitgestalten. Ohne ausreichende Finanzausstat-  
09 tung und ohne kommunalpolitischen Handlungsspielraum wird es immer schwieriger, Menschen  
10 zu einem ehrenamtlichen Engagement in ihrer Kommune zu bewegen. Die CDU will deshalb die  
11 Zuweisungen des Landes an die Kommunen spürbar aufstocken.

12

13 Mit unserer Politik wollen wir zu einer sozialen und familienfreundlichen Gesellschaft beitragen.  
14 Wir wollen uns stark machen für Familien in Brandenburg, für ein leistungsfähiges Gesundheits-  
15 und Sozialsystem, für das Miteinander der Generationen und für die Integration von Menschen  
16 mit Behinderung.

17

18 Mit vier Zukunftsoffensiven wollen wir den Start in das 21. Jahrhundert gestalten: Der Offensive  
19 für Arbeit und Wirtschaft, der Bildungsoffensive, der Sicherheitsoffensive und der Offensive für  
20 ein lebenswertes Brandenburg, die wir Ihnen im folgenden vorstellen.

## A. Offensive für Arbeit und Wirtschaft

### Herausforderungen und Chancen Brandenburgs im internationalen Standortwettbewerb

Die nachhaltige Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der brandenburgischen Wirtschaft und damit die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen stellen die zentralen politischen Herausforderungen der kommenden Jahre dar. Wir wollen möglichst viele hochwertige Arbeitsplätze für die Menschen in Brandenburg.

Brandenburg braucht deshalb eine Offensive für Arbeit und Wirtschaft. Wirtschaft und Arbeitsmarkt bilden eine untrennbare Einheit. Eine tragfähige wirtschaftliche Entwicklung ist die Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir wollen, dass Brandenburg als „europäische Drehscheibe“ zum Standort für Innovationen und Unternehmensgründungen wird. Das Land muss noch attraktiver werden für Investoren aus dem In- und Ausland, denn wir stehen nicht nur im internationalen Wettbewerb, sondern auch im Standortwettbewerb mit den deutschen Bundesländern. Zudem wird die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union insbesondere auch Brandenburg, wegen der Nachbarschaft zu Polen, vor besondere Herausforderungen stellen.

Brandenburg braucht Rahmenbedingungen, die es Menschen ermöglichen, neue Chancen zu nutzen. Junge Unternehmen bringen nicht nur frischen Wind und neue Ideen, sondern sie schaffen auch neue Arbeitsplätze. Eigeninitiative und Unternehmergeist sind wichtige Voraussetzungen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.

### ***Mittelstand und Handwerk Impulse geben***

Brandenburgs Wirtschaftsstruktur ist durch den hohen Anteil kleiner und mittelständischer Unternehmen geprägt. Zwei Drittel aller Unternehmen im Land beschäftigen weniger als 100 Mitarbeiter und haben einen Jahresumsatz von weniger als fünfhunderttausend Mark. Dennoch kommt ihnen für den wirtschaftlichen Aufschwung und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Brandenburg eine Schlüsselrolle zu.

Flexibilität, Leistungswille und Kreativität dieser Unternehmen sind Garant für ihre Wettbewerbsfähigkeit. Handwerk und Mittelstand sind Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und bedürfen der Unterstützung und Förderung sowie eines investitionsfreundlichen Klimas. Dies zu gewährleisten, steht im Mittelpunkt unserer Wirtschaftspolitik.

01 Eine tragfähige wirt-  
02 schaftliche Entwick-  
03 lung ist die  
04 Voraussetzung für  
05 eine wirksame  
06 Bekämpfung der  
07 Arbeitslosigkeit.  
08  
09

10  
11  
12  
13

14  
15  
16  
17  
18  
19  
20

21  
22  
23  
24  
25  
26  
27

28 **Handwerk und Mittel-**  
29 **stand sind Motor der**  
30 **wirtschaftlichen Ent-**  
31 **wicklung und bedür-**  
32 **fen der**  
33 **Unterstützung und**  
34 **Förderung sowie**  
35 **eines**  
36 **investitionsfreundli-**  
37 **chen Klimas.**



Wirtschaft und Gesellschaft brauchen unternehmerisch denkende und handelnde Menschen, die Willens und in der Lage sind, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen und Arbeitsplätze zu schaffen.	01	<b>Deshalb will die CDU die Strukturen der Wirtschaftsförderung wesentlich stärker auf die Belange</b>
	02	<b>des Mittelstandes ausrichten. Wir wollen mittelständische Unternehmen gezielt durch ein Maß-</b>
	03	<b>nahmenbündel aus Zuschüssen, Darlehen und Bürgschaften unterstützen und ihre Wettbe-</b>
	04	<b>werbschancen und Wettbewerbsfähigkeit spürbar stärken.</b>
	05	
	06	<b>Wir wollen kleine und mittlere Handwerksbetriebe durch ein Investitionsförderprogramm in die</b>
	07	<b>Lage versetzen, neue Marktchancen zu nutzen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.</b>
	08	
	09	<b>Die Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ bleibt Hauptinstru-</b>
	10	<b>ment der Wirtschaftsförderung. Sie muss stärker auf den Mittelstand ausgerichtet werden. Für</b>
	11	<b>die CDU steht fest, dass die Gemeinschaftsaufgabe auf hohem Niveau fortgeführt werden muss.</b>
	12	<b>Deren vollständige Kofinanzierung ist mit dem jährlichen Haushaltsgesetz seriös zu sichern.</b>
	13	
	14	<b>Die CDU wird ein Landesprogramm zur speziellen Förderung von Unternehmen in struktur-</b>
	15	<b>schwachen Regionen auflegen. Wir wollen erfolgversprechende Kooperations- und Vernetzungs-</b>
	16	<b>strategien weiterentwickeln. Die CDU setzt sich für die offensive Unterstützung der Unterneh-</b>
	17	<b>men beim Marktzugang durch Beratung sowie Produkt- und Imageförderung ein.</b>
	18	
	19	<b>Die gesellschaftliche Anerkennung des Unternehmers als Arbeitgeber soll durch geeignete Initia-</b>
	20	<b>tiven gestärkt werden.</b>
	21	
	22	<b>Die Talfahrt der Bauwirtschaft in Brandenburg muss gestoppt werden. Dazu will die CDU Investi-</b>
	23	<b>tionsanreize schaffen und den Umfang öffentlicher Aufträge erhöhen. Ausschreibungen müssen</b>
	24	<b>mittelstandsfreundlicher gestaltet werden.</b>
	25	
	26	
	27	<b><i>Selbständigkeit fördern - Existenzgründer unterstützen</i></b>
	28	
	29	<b>Die Innovationsfähigkeit einer Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit werden entscheidend</b>
	30	<b>von der Vitalität kleiner Unternehmen mitgestaltet. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen unter-</b>
	31	<b>nehmerisch denkende und handelnde Menschen, die Willens und in der Lage sind, für sich und</b>
	32	<b>andere Verantwortung zu übernehmen und Arbeitsplätze zu schaffen. Seit 1997 stehen in Bran-</b>
	33	<b>denburg keine Landesmittel mehr für die allgemeine Existenzgründungsförderung zur Verfü-</b>
	34	<b>gung.</b>
	35	
	36	<b>Die Gewerbeanmeldungen sinken in Brandenburg seit Jahren, während die Gewerbeabmeldun-</b>
	37	<b>gen steigen.</b>

Die unternehmerische Selbständigkeit ist zugleich Risiko und Chance. Es gilt, die Risiken zu senken und die Chancen zu steigern. Davon partizipiert nicht nur der Existenzgründer, sondern die Gesellschaft insgesamt, denn im Durchschnitt entstehen pro Existenzgründung nach einem Jahr vier bis fünf neue Arbeitsplätze.

01 Im Bereich der neuen  
02 Technologien liegen  
03 große Chancen für  
04 neue Arbeitsplätze.  
05 Die Einführung neuar-  
06 tiger Produkte und  
07 die Erschließung  
08 neuer Geschäftsfelder  
09 bietet stets die  
10 Chance, neue Arbeits-  
11 plätze einzurichten.

**Wir wollen durch bessere finanzielle Starthilfen und einen verbesserten Zugang zu Risikokapital Existenzgründern die Entscheidung erleichtern, ein persönliches Wagnis einzugehen und Arbeitsplätze für sich und andere zu schaffen. Dies soll begleitet werden durch eine breite Existenzgründungsoffensive in Zusammenarbeit mit Kammern und Wirtschaftsverbänden.**

Die CDU setzt sich dafür ein, dass bereits die Berufsausbildung stärker auf die Vermittlung unternehmerischer Qualifikationen ausgerichtet wird. Unternehmerisches Talent muss gezielt gepflegt und gefördert werden.

***Innovationskraft stärken - neue Technologien fördern***

Im Bereich der neuen Technologien liegen große Chancen für neue Arbeitsplätze. Die Einführung neuartiger Produkte und die Erschließung neuer Geschäftsfelder bietet stets die Chance, neue Arbeitsplätze einzurichten.

Innovationen und Forschungsergebnisse müssen in marktfähige Produkte und wirtschaftlichen Erfolg umgesetzt werden. An den Hochschulen vorhandenes Wissen ist im Interesse neuer und zukunftsfähiger Arbeitsplätze besser und schneller für Wirtschaft und Unternehmen nutzbar zu machen. Technologiezentren können hier zu effizienten Nahtstellen von Wissenschaft und Wirtschaft ausgebaut werden.

**Die CDU will Schlüsselprojekte in Zukunftstechnologien wie der Bio- und der Gentechnik gezielt fördern.**

Durch eine begleitende Informationskampagne wollen wir Ängsten begegnen und das Vertrauen in einen verantwortungsvollen Umgang mit den neuen Technologien stärken. Staat und Gesellschaft müssen im Zusammenwirken mit der Wirtschaft das Klima und die Rahmenbedingungen für eine zukunftsorientierte Entwicklung schaffen.

Die CDU setzt sich für eine bessere Kapitalausstattung der Technologiestiftung und eine stetige Mittelausstattung der landeseigenen Technologieförderung ein.

12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30  
31  
32  
33  
34  
35  
36  
37

<b>Die erfolgreiche Anwerbung von Investoren und die Ansiedlung neuer Unternehmen im gesamten Land Brandenburg ist ein Hauptanliegen der CDU.</b>	01 <b><i>Wirtschaftschancen erkennen und nutzen</i></b>
	02
	03 Die Ausgangslage für eine bessere wirtschaftliche Entwicklung Brandenburgs ist gut. Dazu tragen
	04 die Ausstrahlung der Hauptstadtregion und die verkehrsgünstige Lage im Herzen Europas nach-
	05 haltig bei. Diese Potentiale müssen als Entwicklungschance stärker als in der Vergangenheit
	06 genutzt werden.
	07
	08 Wichtige Wirtschaftszweige wie Bergbau, Energieerzeugung und Stahlproduktion haben eine
	09 lange Tradition in der Region. Der erforderliche Umstrukturierungsprozess der vergangenen Jahre
	10 muss in einer neuen Perspektive mit wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen münden, denn Branden-
	11 burg verzeichnet derzeit eine strukturelle Lücke von über 100.000 Arbeitsplätzen in der Industrie.
	12 Sie schrittweise zu schließen wird nur gelingen, wenn ansiedlungs- und erweiterungswilligen
	13 Unternehmen ausreichend Unterstützung zugesichert wird. Die erfolgreiche Anwerbung von
	14 Investoren und die Ansiedlung neuer Unternehmen im gesamten Land Brandenburg ist ein
	15 Hauptanliegen der CDU. Dies gilt auch für jene Unternehmen, die möglichst nah an ihren Märk-
	16 ten arbeiten wollen und wegen ihrer Verkehrs- oder Flächenintensität aus Berlin in das Umland
	17 drängen.
	18
	19 Daneben müssen auch die touristischen Potentiale des Landes Brandenburg weitaus stärker als in
	20 der Vergangenheit erkannt werden. Die Schönheit der Natur und Vielfalt des kulturellen Erbes im
	21 lebendigen Kontrast zur Metropole Berlin locken immer mehr Gäste in Hotels, Pensionen und
	22 Gaststätten.
	23
	24 <b>Wir wollen mit einer aktiven Ansiedlungswerbung und der Unterstützung wichtiger Erweite-</b>
	25 <b>rungsinvestitionen die strukturelle Lücke bei den Arbeitsplätzen in der Industrie und im verarbei-</b>
	26 <b>tenden Gewerbe schrittweise schließen. Gerade auch Unternehmen, die ihre Vorhaben in unmit-</b>
	27 <b>telbarem Bezug zur Hauptstadt Nähe stellen sind willkommen.</b>
	28
	29 <b>Ziel der CDU ist es, die Tourismusbranche zu stabilisieren. Dazu wollen wir das touristische Ange-</b>
	30 <b>bot vervollständigen, in einer breiten Marketingstrategie neue Gäste erreichen und die touristi-</b>
	31 <b>schen Reize der Mark den Gästen zugänglich halten.</b>
	32
<b>Das Land Brandenburg muss sich frühzeitig auf die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union vorbereiten.</b>	33 <b>Das Land Brandenburg muss sich frühzeitig auf die bevorstehende Osterweiterung der Europä-</b>
	34 <b>ischen Union vorbereiten. Die CDU will zeitnah Konzepte entwickeln, die den Anforderungen, die</b>
	35 <b>aus der teilweise noch erheblich unterschiedlichen Lohn- und Wirtschaftsstruktur unseres östli-</b>
	36 <b>chen Nachbarn erwachsen, Rechnung tragen.</b>
	37

**Perspektiven für die Landwirtschaft**

Die CDU tritt mit ihrer Agrarpolitik dafür ein, dass die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft Brandenburgs sich im europäischen Wettbewerb behaupten kann. Der zukunftsfähige Landwirtschaftsbetrieb muss konkurrenzfähig Nahrungsgüter erzeugen, die Kulturlandschaft erhalten und zugleich ökologische Funktionen erfüllen.

Die CDU steht auch in der Landwirtschaft für den Schutz und die Stärkung des Eigentums.

Die Unternehmen müssen einen ausreichenden Gewinn erwirtschaften und den Beschäftigten eine angemessene Entlohnung anbieten können, die es ihnen ermöglicht, an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilzuhaben. Die Zukunft gehört dem unternehmerisch handelnden Landwirt.

**Die CDU setzt sich dafür ein, dass Bauern verlässlich und dauerhaft einen Ausgleich erhalten, wenn sie durch Unterschutzstellung Erschwernisse und Produktionsausfälle erleiden.**

**Wir machen uns stark für den Abbau wettbewerbsverzerrender und bürokratischer Auflagen.**

Der zukunftsfähige Landwirtschaftsbetrieb muss im Einklang mit der Natur qualitativ hochwertige Nahrungsmittel erzeugen, die von den Verbrauchern nachgefragt werden. Dazu werden wir Erzeugerorganisationen unterstützen und Verarbeitungsunternehmen stärken, die in konkurrenzfähigen Größenordnungen arbeiten und im europäischen Markt präsent sind.

Die CDU steht für eine am tatsächlichen Bedarf orientierte Struktur der Verarbeitungsunternehmen. Auch kleinere Verarbeiter für die Nischen- und Spezialitätenproduktion in den Regionen müssen ihre Chancen haben.

Zur Erhaltung funktions- und leistungsfähiger Wälder tritt die CDU für eine nachhaltige und standortgerechte Waldbewirtschaftung ein. Hierzu bedarf es eines ausgewogenen Verhältnisses von privater und staatlicher Bewirtschaftung.

Der bedarfsorientierte Anbau technisch und energetisch nutzbarer nachwachsender Rohstoffe ist eine umweltfreundliche Alternative gerade für Brandenburg und deshalb besonders zu fördern.

Wir unterstützen Jagdwesen und Fischerei. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag im Naturhaushalt zur Erhaltung und Pflege eines gesunden und artenreichen Wild- und Fischbestandes.

01 Die Zukunft gehört  
02 dem unternehmerisch  
03 handelnden Landwirt.

17 Wir machen uns stark  
18 für den Abbau wett-  
19 bewerbsverzerrender  
20 und bürokratischer  
21 Auflagen.

Unser Ziel ist es, Beschäftigungschancen zu erschließen und durch eine gezielte Arbeitsmarktpolitik die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Unternehmen zu fördern.	01 <b>Arbeitsförderung - Brücken zum ersten Arbeitsmarkt</b>
	02
	03 Die Phase des Abbaus von Arbeitsplätzen im Zuge des notwendigen strukturellen Wandels in den
	04 neuen Bundesländern ist noch nicht abgeschlossen. Die Schaffung und Sicherung von Arbeits-
	05 plätzen zum dauerhaften Abbau der Arbeitslosigkeit wird deshalb vorrangige Aufgabe der Politik
	06 auch in den nächsten Jahren sein. Unser Ziel ist es, Beschäftigungschancen zu erschließen und
	07 durch eine gezielte Arbeitsmarktpolitik die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Unternehmen zu för-
	08 dern.
	09
	10 <b>Wir wollen alle verfügbaren Kräfte bündeln und darauf konzentrieren, möglichst viele Dauerar-</b>
	11 <b>beitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt zu schaffen.</b>
	12
	13 <b>Die CDU versteht Maßnahmen der Arbeitsförderung vorrangig als „Brücke in den ersten Arbeits-</b>
	14 <b>markt“, die zeitlich begrenzt werden müssen. Eine weitere Ausdehnung des öffentlich geförder-</b>
	15 <b>ten Arbeitsangebotes zu einem auf Dauer angelegten dritten Arbeitsmarkt bietet für die Betrof-</b>
	16 <b>fenen keine Zukunftsperspektive.</b>
	17
	18 <b>In der Wissensgesellschaft werden zunehmend hochqualifizierte Arbeitskräfte benötigt. Diesem</b>
	19 <b>Umstand muss mit einem Wissens- und Erfahrungstransfer begegnet werden, der Beschäftigte</b>
	20 <b>dazu befähigt, den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden. Bestehende Konzepte in diesem</b>
	21 <b>Bereich müssen überprüft, verbessert und gegebenenfalls ergänzt werden.</b>
	22
	23
	24 <b><u>Ausbau der Infrastruktur - Mobilität für alle</u></b>
	25
	26
Die Qualität der Verkehrsinfrastruktur ist eines der Hauptkriterien von Unternehmen für Standort-	27 Die Qualität der Verkehrsinfrastruktur ist eines der Hauptkriterien von Unternehmen für Standort-
entscheidungen.	28 entscheidungen. Die Entwicklung eines gut ausgebauten regionalen und überregionalen Ver-
	29 kehrsnetzes ist daher eine der vorrangigen Aufgaben einer Landesregierung. Die verbesserte Ver-
	30 flechtung der Peripherie des Landes mit der Hauptstadtregion ist von großer Bedeutung für die
	31 Entwicklung Brandenburgs.
	32
	33
	34 <b><i>Straßen bauen und erhalten</i></b>
	35
	36 Insbesondere der Bau neuer Ortsumgehungen und die Sanierung bestehender Ortsdurchfahrten
	37 müssen vorangetrieben werden. Dabei müssen die kommunalen Interessen stärker in die Vorbe-

reitungen einbezogen werden. Die zentralistische Planung von Straßenbaumaßnahmen geht in Brandenburg oft an den Entwicklungsvorstellungen der Kommunen vorbei und führt zu langwierigen und unnötigen Auseinandersetzungen. In der Folge kommt es zu erheblichen Verzögerungen bei der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur.	01	<b>Die deutliche</b>
	02	<b>Erhöhung der Mittel</b>
	03	<b>für den</b>
	04	<b>Landesstraßen- und</b>
	05	<b>Brückenbau sowie die</b>
Der Bedarfsplan für den Bundesfernstraßenbau erfordert eine kontinuierliche Bereitstellung finanzieller Mittel durch die Bundesregierung. Bestrebungen der Bundesregierung, sich durch Überprüfung und Neufassung des Bedarfsplanes bereits zugesagter Verpflichtungen wieder zu entziehen, muss durch abgestimmtes Handeln der Landesregierungen in den neuen Bundesländern entgegengetreten werden.	06	<b>stärkere Förderung</b>
	07	<b>des kommunalen</b>
	08	<b>Straßenbaus sind</b>
	09	<b>unerlässlich.</b>
	10	
	11	
<b>Die deutliche Erhöhung der Mittel für den Landesstraßen- und Brückenbau sowie die stärkere Förderung des kommunalen Straßenbaus sind unerlässlich. Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit müssen in Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verkehrsverbänden und Betroffenen „vor Ort“ verstärkt werden.</b>	12	
	13	
	14	
	15	
	16	
<b>Die CDU fordert die zügige Umsetzung des Landesstraßenbedarfsplanes.</b>	17	
	18	
<b>Die kommunalen Entwicklungsvorstellungen beim Bau von Bundes- und Landesstraßen müssen stärkere Berücksichtigung finden.</b>	19	
	20	
	21	
<b>Wir setzen uns dafür ein, dass der 1993 beschlossene Bedarfsplan für Bundesfernstraßen ohne Abstriche umgesetzt wird.</b>	22	
	23	
	24	
	25	
<b><i>Großflughafen Schönefeld - Internationales Drehkreuz schaffen</i></b>	26	
	27	
Der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum internationalen Drehkreuz gehört zu den ehrgeizigsten und vielversprechendsten Projekten in der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg. Im Zuge dieses Vorhabens kann mit der Schaffung von rund 25.000 Arbeitsplätzen gerechnet werden.	28	<b>Der Ausbau des Flug-</b>
	29	<b>hafens Schönefeld</b>
	30	<b>zum internationalen</b>
	31	<b>Drehkreuz gehört zu</b>
Nach der Standortentscheidung und den vorbereitenden Planungsarbeiten sowie dem eingeleiteten Privatisierungsprozess werden die Herstellung der Planungssicherheit und der Beginn der Baumaßnahmen die Handlungsschwerpunkte sein.	32	<b>den ehrgeizigsten</b>
	33	<b>und</b>
	34	<b>vielversprechendsten</b>
	35	<b>Projekten in der Wirt-</b>
<b>Die CDU setzt sich dafür ein, dass der Konsensbeschluss zum Flughafen Schönefeld vollständig umgesetzt wird. Für das Gesamtvorhaben muss Planungssicherheit hergestellt werden.</b>	36	<b>schaftsregion Berlin-</b>
	37	<b>Brandenburg.</b>

Das Transrapidprojekt	01	Die CDU will sicherstellen, dass der Flughafen leistungsstark mit anderen Verkehrsträgern ver-
wird entscheidende	02	netzt wird.
Impulse für die Ent-	03	
wicklung	04	Die zusätzlichen Belastungen der Bevölkerung im unmittelbaren Umfeld des Flughafens müssen
Brandenburgs geben.	05	so gering wie möglich gehalten werden.
	06	
	07	
	08	<i>Transrapid realisieren</i>
	09	
	10	Das Transrapidprojekt wird entscheidende Impulse für die Entwicklung Brandenburgs geben.
	11	Sowohl in der Verkehrsindustrie als auch im Zuge des Baus eines Wartungs- und Instandhal-
	12	tungszentrums werden unmittelbar neue Arbeitsplätze in Brandenburg entstehen.
	13	
	14	Die CDU fordert im Interesse Brandenburgs die Realisierung der geplanten Strecke Hamburg-
	15	Berlin.
	16	
	17	Die CDU setzt sich für die Weiterführung der Strecke zum neuen Großflughafen Berlin-Branden-
	18	burg International ein.
	19	
	20	Der Transrapid muss als Chance für die weitere Entwicklung der Verkehrsindustrie in Branden-
	21	burg genutzt werden.
	22	
	23	
	24	<i>Nahverkehr attraktiv gestalten</i>
	25	
	26	Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) steht im Flächenland Brandenburg vor besonderen
	27	Herausforderungen. Im Gegensatz zu seiner Entlastungsfunktion in Ballungszentren übernimmt
	28	er in Brandenburg vor allem eine Versorgungsfunktion. Seine Attraktivität muss sich daher insbe-
	29	sondere an der flächendeckenden Vernetzung und einem zumutbaren Preisniveau messen lassen.
	30	
Ziel der CDU ist es,	31	Ziel der CDU ist es, das Versorgungsnetz des Öffentlichen Personennahverkehrs zu optimieren.
das Versorgungsnetz	32	
des Öffentlichen Per-	33	Das Land muss die Mehrbelastungen ausgleichen, die im ÖPNV durch die Erhöhung der Energie-
sonennahverkehrs zu	34	kosten durch die Bundesregierung entstehen.
optimieren.	35	
	36	Die Förderung für den Kauf neuer Fahrzeuge muss fortgeführt werden.

Es ist zu prüfen, in welchen Bereichen Privatisierungskonzepte zu mehr Wettbewerb und größerer Effizienz führen.

01 Die CDU will die  
02 Güterverkehrszentren  
03 weiterentwickeln, um  
04 die Vernetzung der  
05 Verkehrsträger voran-  
06 zutreiben.

**Verkehrsträger entwickeln und vernetzen**

Die Straße ist und bleibt der wichtigste Verkehrsträger in Brandenburg. Schiene und Wasserstraßen können jedoch als Alternative gestärkt werden und Ergänzungs- und Entlastungsfunktionen beim Gütertransport übernehmen. Dazu sind erhebliche Investitionen zur Sanierung und zum Ausbau vorhandener Verkehrswege erforderlich. Neben den Schienen- und Wasserstraßenvorhaben der „Verkehrsprojekte deutsche Einheit“ sind Investitionen in die Nebenstrecken Grundvoraussetzung zur Steigerung ihrer Attraktivität und damit zur Erhöhung ihrer Akzeptanz als Alternative zur Straße.

07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14

**Die Investitionen in das Streckennetz der Bahn müssen intensiviert werden.**

**Die CDU will die Güterverkehrszentren weiterentwickeln, um die Vernetzung der Verkehrsträger voranzutreiben.**

15  
16  
17  
18  
19

**Solide Finanzpolitik**

Brandenburg braucht im Interesse einer tragfähigen wirtschaftlichen Entwicklung und neuer Arbeitsplätze eine stetige und verlässliche Finanzpolitik. Dazu zählen sowohl die Wiederherstellung einer soliden Finanzsituation als auch der verantwortungsbewusste und wirtschaftliche Umgang mit öffentlichen Mitteln.

20  
21

**Brandenburg braucht im Interesse einer tragfähigen wirtschaftlichen Entwicklung und neuer Arbeitsplätze eine stetige und verlässliche Finanzpolitik.**

Die Enge des finanziellen Gestaltungsspielraums in Brandenburg ist hausgemacht, dieser schrumpft trotz steigender Einnahmen. Schuld sind hohe Zinsverpflichtungen, die durch die unvertretbar hohen Kreditaufnahmen in der Vergangenheit den Haushalt in steigendem Maße belasten.

22  
23  
24  
25  
26  
27  
28  
29  
30

**Investitionen erhöhen**

Mit einer Investitionsquote von derzeit 22 Prozent stellt Brandenburg das Schlusslicht der neuen Länder dar. Nur jede fünfte Mark fließt in arbeitsplatzschaffende Investitionen, der überwiegende Teil der Ausgaben wird für konsumtive Zwecke aufgewandt. Der Anteil der Mittel, der für den unmittelbaren Verbrauch verwandt wird, ist unvertretbar hoch.

31  
32  
33  
34  
35  
36  
37



- Die CDU hält eine Erhöhung der Investitionsquote auf mindestens 25 Prozent für dringend geboten.**
- 01 Eine Reform der Ausgabenstruktur des brandenburgischen Haushaltes mit dem Ziel einer deutlichen Senkung der konsumtiven Ausgaben ist deshalb unverzichtbar.  
02  
03  
04 **Investiven Leistungen muss, als wichtige Voraussetzung für ein tragfähiges Wirtschaftswachstum und damit die Entstehung und Sicherung von Arbeitsplätzen, Priorität eingeräumt werden.**  
05  
06 **Die CDU hält eine Erhöhung der Investitionsquote auf mindestens 25 Prozent für dringend geboten.**  
07  
08  
09 **Die CDU will die Personalkosten des Landes, die derzeit über 25 Prozent der Gesamtausgaben ausmachen, ebenso wie die Verwaltungsausgaben deutlich senken und auf diese Weise Freiräume für zukunftsorientierte Investitionen schaffen.**  
10  
11  
12  
13  
14 ***Verschuldung abbauen***  
15  
16 Das Land Brandenburg hat Schulden in Höhe von mehr als 22 Milliarden DM. Diese Summe ist größer als der Landesetat für ein ganzes Jahr und entspricht einem Betrag von rund 8500 DM pro Einwohner.  
17  
18  
19 Die Verschuldungspolitik der SPD-Regierung ist schmerzhaft spürbar: Rund 8 Prozent der Gesamtausgaben des Landes müssen für Zinsverpflichtungen ausgegeben werden, diese Mittel stehen nicht für die Gestaltung der Zukunft unseres Landes zur Verfügung.  
20  
21  
22  
23 **Durch eine konsequente Rückführung der Kreditaufnahme des Landes muss der finanzielle Handlungsspielraum des Landes wieder deutlich erhöht werden. Die Netto-Neuverschuldung der Gegenwart bedeutet zusätzliche Zinslasten für kommende Generationen.**  
24  
25  
26  
27  
28 ***Deregulierung und Entbürokratisierung***  
29  
30 **Die CDU will die brandenburgische Landesverwaltung verschlanken und zu einer modernen und bürgerfreundlichen Dienstleistungsverwaltung umbauen.**  
31 Hohe Verwaltungsausgaben und bürokratische Entscheidungsstrukturen engen den politischen Gestaltungsspielraum sehr stark ein. Wir brauchen eine Vereinfachung des Steuersystems und den gezielten Abbau von Regelungen und Auflagen, die Hemmnisse für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes darstellen.  
32  
33  
34  
35 **Die CDU will die brandenburgische Landesverwaltung verschlanken und zu einer modernen und bürgerfreundlichen Dienstleistungsverwaltung umbauen. Wir wollen mit weniger Personal mehr Dienstleistung und mehr Service bieten.**  
36  
37

**B. Bildungsoffensive**

Der Jugend eine Zukunft geben

Auf der jungen Generation ruhen unsere Zukunftshoffnungen. Deshalb sind wir verpflichtet, Jugendlichen die Chance zu einer selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Entwicklung zu geben.

*Wertevermittlung und „Mut zur Erziehung“*

Stabile Lebensverhältnisse sowie die Vermittlung von Orientierung und Selbstvertrauen sind elementare Aufgaben von Familie, Schule und Jugendarbeit. Dazu gehören insbesondere die Stärkung des Bewusstseins für die Werte, die unsere Gesellschaft prägen, die Festigung sozialer Kompetenzen sowie die Ermutigung zu Leistungsfähigkeit und Anstrengungsbereitschaft. Gefordert ist „Mut zur Erziehung“.

Dies alles sind Voraussetzungen dafür, dass Jugendliche sich zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten entwickeln. Die junge Generation muss Chancen und Risiken von morgen einschätzen und differenzierte Entscheidungen treffen können.

Dies beinhaltet, dafür zu sorgen, dass Jugendliche eine qualifizierte Ausbildung erhalten. Der Staat kann zwar in begrenztem Maße selbst Ausbildungsplätze schaffen, vor allem aber muss er die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so gestalten, dass in den Unternehmen mehr Auszubildende eingestellt werden.

Die Freizeitangebote für Jugendliche müssen dezentral in den Kommunen koordiniert werden. Projekte von Vereinen, Kirchen und Verbänden haben Vorrang vor staatlicher Jugendarbeit.

Durch den schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen müssen wir den nachfolgenden Generationen die Lebensgrundlagen erhalten. Jugendpolitik ist somit eine Aufgabe, die nahezu alle Politikbereiche berührt.

**Die CDU will eine Bildungsoffensive, die zur Erhöhung der Qualität schulischer Bildung, besserer Ausbildungsreife und einer Stärkung der sozialen Kompetenz führt.**

**Wir werben für eine breite gesellschaftliche Diskussion, um die Grundwerte unseres Gemeinwens wie Freiheit, Verantwortung, Leistungsbereitschaft, Pflichtgefühl, Solidarität, Toleranz und**

01 Die junge Generation  
02 muss Chancen und  
03 Risiken von morgen  
04 einschätzen und diffe-  
05 renzierte  
06 Entscheidungen tref-  
07 fen können.  
08

09  
10

11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20

21  
22  
23  
24 **Wir werben für eine**  
25 **breite gesellschaftli-**  
26 **che Diskussion, um**  
27 **die Grundwerte**  
28 **unseres Gemeinwe-**  
29 **sens wie Freiheit, Ver-**  
30 **antwortung,**  
31 **Leistungsbereitschaft**  
32 **, Pflichtgefühl, Solida-**  
33 **rität, Toleranz und**  
34 **Traditionsverständnis**  
35 **wieder stärker ins**  
36 **Bewusstsein zu**  
37 **rücken.**

## **Bildungsoffensive**

---

In einer komplexer und unübersichtlicher werdenden Welt ist die Persönlichkeitsbildung in Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Eltern eine zentrale Aufgabe der Schule.	01	Traditionsverständnis wieder stärker ins Bewusstsein zu rücken. Neben der Politik sind Familien, Schulen, Kirchen, Vereine und Verbände hier gefordert.
	02	
	03	
	04	Die CDU will eine kraftvolle Wirtschaftsoffensive starten, die Unternehmer in die Lage versetzt, verstärkt junge Menschen auszubilden.
	05	
	06	
	07	Es müssen Anreize zu mehr Mobilität und Flexibilität von Jugendlichen geschaffen werden, die in ihrer Heimatregion nicht ausgebildet werden wollen oder können.
	08	
	09	
	10	Ein Programm „Jugend und Zukunft“ wird ins Leben gerufen, verbunden mit der Aufstockung der finanziellen Mittel für die Jugendarbeit von Vereinen, Kirchen und Verbänden.
	11	
	12	
	13	Die CDU realisiert ein Konzept „Frei ohne Drogen“ zur schulischen und familienbezogenen Beratung über die Gefahren von Drogenmissbrauch, verbunden mit verstärkten Therapieangeboten. Die Freigabe weicher und harter Drogen lehnen wir ab.
	14	
	15	
	16	
	17	Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre lehnt die CDU ab.
	18	
	19	
	20	<b><u>Für eine bessere Schule</u></b>
	21	
	22	Bildung, Ausbildung und Erziehung bereiten junge Menschen auf die Zukunft vor. Bildungsinhalte haben dem raschen Wandel der Anforderungen von Arbeitswelt und Gesellschaft zu folgen. Sie sind so zu vermitteln, dass Grundwissen und Spitzenqualifikation zugleich möglich werden. Insbesondere müssen Strategien zum Selbstlernen und Anwenden erworbenen Wissens vermittelt werden.
	23	
	24	
	25	
	26	
	27	In einer komplexer und unübersichtlicher werdenden Welt ist die Persönlichkeitsbildung in Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Eltern eine zentrale Aufgabe der Schule. Sie muss sich der Lebens- und Arbeitswelt öffnen und hat zu vermitteln, dass für diese qualifiziert zu sein, einen hohen Wert darstellt.
	28	
	29	
	30	
Die Zahl der Gesamtschulen ist zu Gunsten von Gymnasien und Realschulen drastisch zu reduzieren.	31	
	32	<b>Schule für alle</b>
	33	
	34	Eltern haben zu Recht den Wunsch, für ihr Kind die beste Schule zu wählen. Die Förderung der individuellen Begabungen, ohne auf Förderung von Leistung zu verzichten, ist am sinnvollsten in verschiedenen Schulformen mit unterschiedlichem Anforderungsprofil möglich.
	35	
	36	

Die Vielfalt der Schulformen in Brandenburg ist auszubauen. Die Zahl der Gesamtschulen ist zu Gunsten von Gymnasien und Realschulen drastisch zu reduzieren. Die CDU bekennt sich zu Schulen in freier Trägerschaft.	01 02 03 04	Das Schulsystem in Brandenburg gewährleistet heute keine Chancengerechtigkeit
Der Bildungsauftrag muss für jede Schulform klar formuliert und erteilt werden. Deshalb müssen Rahmenpläne, Unterrichtsorganisation, Eingangs- und Abschlussbestimmungen schulformbezogen gestaltet werden.	05 06 07 08	
<i>Antworten auf bestehende Defizite</i>	09 10	
Wir treten für Chancengerechtigkeit ein. Der Staat muss allen jungen Menschen optimale Bildungsangebote unterbreiten. Das Schulsystem in Brandenburg gewährleistet heute keine Chancengerechtigkeit.	11 12 13 14	
Die Klassen sind zu groß. Der Leistungsgedanke wird eher vernachlässigt. In Kernbereichen der Bildung, wie beispielsweise Mathematik und Naturwissenschaften, ist der Unterrichtsumfang deutlich reduziert worden. Weite Teile der Gesellschaft und nicht zuletzt die Wirtschaft beklagen mangelnde Kenntnisse der Schulabgänger in den Kulturtechniken Lesen, Schreiben, Textanalyse und Rechnen sowie in den Fremdsprachen.	15 16 17 18 19 20	
Praktisch begabte Schüler werden in Gesamtschulen eher überfordert, die Vereinheitlichung der Rahmenpläne sowie die einfachen Abschlussbedingungen führen zur Unterforderung der Hochbegabten. Der häufig unzureichende bauliche Zustand der Schulen und ihre vielfach veraltete oder ungenügende Ausstattung beeinträchtigen zusätzlich die Qualität des Unterrichts.	21 22 23 24 25	
<b>Die CDU will die Brandenburger Schule im Interesse junger Menschen wieder zukunftsfähig machen.</b>	26	<b>Die CDU will die Brandenburger Schule im Interesse junger Menschen wieder zukunftsfähig machen.</b>
<b>Die CDU setzt sich für durchgehende Zensurierung, zentrale Abschlussprüfungen in der 10. Klasse und ein zentrales Abitur mit jeweils festgelegtem Fächerkanon ein.</b>	27 28 29	
Um die Qualität von Abschlüssen zu sichern, müssen Leistungsvergleiche in den Lerngruppen zwischen den Schulen, den Bundesländern aber auch international stattfinden, öffentlich gemacht werden und gegebenenfalls zu Konsequenzen führen.	30 31 32 33 34	
Die Stundentafeln sowie Inhalte und Ziele von Rahmenplänen haben dem mangelhaften Ausbildungsstand Rechnung zu tragen. Es ist besonderer Wert auf den Erwerb und die Festigung der Grundtechniken zu legen.	35 36 37	

Die CDU setzt sich dafür ein, dass auch die Grundschule leistungsorientiert Bildung vermittelt.

01 Um die Persönlichkeitsbildung zu unterstützen, muss die Zensurierung auch auf Bereiche wie Verhalten und Mitarbeit („Kopfnoten“) ausdehnt werden.  
02  
03 Zur Verbesserung des allgemeinen Ausbildungsstandes ist ein konsequenter Kampf gegen den  
04 Stundenausfall erforderlich.

05  
06 Der durchgehende Unterricht in allen Fächern in jedem Schuljahr ist Voraussetzung für kontinuierliches Lernen in allen Schulformen.  
07  
08

09

### 10 *Grundschule - Weichenstellung fürs Leben*

11

12 Die Grundschule legt sowohl für die Elementarbildung als auch die Persönlichkeitsentwicklung und Wertebildung entscheidende Grundlagen, die später kaum nachgeholt werden können.

13

14  
15 Die CDU setzt sich dafür ein, dass auch die Grundschule leistungsorientiert Bildung vermittelt.

16

17 Die Stundentafel in der Grundschule muss vor allem in den Fächern Deutsch und Mathematik erweitert werden, denn Brandenburg hat im Grundschulbereich die niedrigste Stundenzahl im Vergleich zu anderen Bundesländern.  
18  
19

20

21 Die CDU will kleine Klassen.

22

23 Förderangebote für lernschwache Schüler sind in der Grundschule unverzichtbar.

24

25

### 26 *Weiterführende Schulen - Profile schärfen*

27

In unserer hochtechnisierten Welt ist die Stärkung des mathematisch-naturwissenschaftlichen

28 Die CDU will durch inhaltliche und strukturelle Reformen das unterschiedliche Profil der weiterführenden Schulen stärker ausprägen, damit diese besser ihrer Aufgabe nachkommen können, Schüler begabungsgerecht zu qualifizieren.  
29  
30

31

Unterrichts an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen dringend geboten.

32 Wir setzen uns für die Öffnung zur gymnasialen Ausbildung ab der Klasse 5 ein. Für besonders Begabte beginnt eine Differenzierung ab dem 7. Schuljahr zu spät.  
33  
34

35

36 In unserer hochtechnisierten Welt ist die Stärkung des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen dringend geboten.

Wir halten eine Stärkung der gymnasialen Ausbildung durch Konzentration auf allgemeinbildungsrelevante Inhalte und eine größere Kontinuität des Lernens für erforderlich. Darum wollen wir eine Reform der gymnasialen Oberstufe, bei der das Kurssystem in der bisherigen Form abgelöst wird und die Fächer Deutsch, eine Fremdsprache und Mathematik eine stärkere Stellung erhalten sowie der Unterricht in stabilen sozialen Lerngruppen wieder gestärkt wird.	01 02 03 04 05 06	Es ist notwendig, jungen Menschen ihren Begabungen entsprechend eine Berufsausbildung zu ermöglichen.
Die Erstausbildung ist in Brandenburg im internationalen Vergleich zu lang. Deshalb fordert die CDU die Verkürzung der gymnasialen Ausbildung auf 12 1/2 Jahre. Perspektivisch streben wir 12 Jahre bis zum Abitur an.	07 08 09 10 11	
<i>Der Berufsschule mehr Aufmerksamkeit schenken</i>	12 13	
Es ist notwendig, jungen Menschen ihren Begabungen entsprechend eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Die berufliche Ausbildung ist in Brandenburg nicht nur wegen fehlender Ausbildungsplätze kritisch zu sehen, sondern auch auf Grund der Organisation der Berufsschulausbildung an den Oberstufenzentren.	14 15 16 17 18	
Die Berufsausbildung ist hinsichtlich der Erlangung eines Ausbildungsabschlusses in kürzerer Zeit mit besonderen Berufsschulinhalten zu differenzieren.	19 20 21	
Die berufliche Ausbildung muss durch unterschiedliche, am Leistungsniveau orientierte Klassen flexibler werden.	22 23 24	
Die generelle Kürzung des Berufsschulunterrichtes lehnen wir ab. Den Interessen der Ausbildungsbetriebe kommt neben dem Blockunterricht eine verstärkte Verlagerung der Unterrichtszeit auf die ersten Ausbildungsjahre entgegen.	25 26 27 28 29	
<i>Individuelle Förderung stärken</i>	30	Die CDU nimmt den Auftrag der Brandenburger Verfassung ernst, Begabte, Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen besonders zu fördern.
Die CDU nimmt den Auftrag der Brandenburger Verfassung ernst, Begabte, Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen besonders zu fördern.	31 32 33 34	
Die Begabtenförderung ist in Brandenburg unzureichend. Die CDU will besonders begabte junge Menschen durch vielfältige gezielte Maßnahmen fördern. Diese beinhalten anspruchsvolle Arbeitsgemeinschaften, Schüler- beziehungsweise Wirtschaftsstipendien, Verkürzung und Straf-	35 36 37	Die CDU nimmt den Auftrag der Brandenburger Verfassung ernst, Begabte, Benachteiligte und Menschen mit Behinderungen besonders zu fördern.

## Bildungs Offensive

---

- Das Land muss Hochbegabten Bildungsangebote mit Internatsbetreuung anbieten.
- 01 fung von Ausbildungszeiten, ein flexibles Vorziehen von Prüfungen sowie besondere Betreuungsmassnahmen im Rahmen der Zusammenarbeit mit Hochschulen. Dazu gehört auch die Profilbildung von Schulen, einschließlich besonderer Stundenzuweisungen, allerdings nicht zu Lasten anderer Schulen.
- 02  
03  
04  
05
- 06 Das Land muss Hochbegabten Bildungsangebote mit Internatsbetreuung anbieten.
- 07
- 08 Schüler mit Verhaltensproblemen sind mit besonderem Förderbedarf an Regelschulen zu unterrichten.
- 09  
10
- 11 Die CDU schenkt der Förderung behinderter Kinder und Jugendlicher besondere Aufmerksamkeit. Integration hat aber nur Sinn, wenn dem sonderpädagogischen Förderbedarf des Kindes ohne Abstriche an den Regelschulen entsprochen werden kann. Das setzt eine entsprechende Qualifikation der Pädagogen und eine besondere materielle Ausstattung der Schule mit Förderangeboten und Teilungsstunden sowie Hilfeinrichtungen voraus.
- 12  
13  
14  
15  
16
- 17 Für Förderschulen mit überregionaler Bedeutung muss die Landesverantwortung erhöht werden.
- 18  
19  
20
- 21 **Schulstandorte erhalten**
- 22
- 23 Die Schulstruktur in Brandenburg muss dem starken Rückgang der Schülerzahlen angepasst werden. Zugleich aber ist dem Umstand Rechnung zu tragen, dass die Schulen in vielen Gemeinden gesellschaftlicher Mittelpunkt sind.
- 24  
25  
26
- Wir wollen möglichst viele Schulstandorte erhalten.
- 27 Wir wollen möglichst viele Schulstandorte erhalten. Dazu müssen gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden, die den Schulträgern einen größtmöglichen Entscheidungsspielraum eröffnen.
- 28  
29  
30
- 31 Die CDU ist für die kleine Grundschule als mögliche Schulform im ländlichen Raum. Sie kann jedoch nur Modell für einen Übergangszeitraum sein.
- 32  
33
- 34 Realschulen müssen im ländlichen Raum auch einzügig geführt werden können.
- 35
- 36 Ziel der CDU ist es, für den ländlichen Raum besondere Formen der Kooperation von Schulen zu entwickeln.
- 37

**Zukunftschancen durch Wissenschaft und Forschung**

Die Freiheit von Forschung und Lehre gebietet es, dass die Politik sich darauf beschränkt, nur die erforderlichen Rahmenbedingungen zu setzen. Die Autonomie der Hochschulen ist ein hohes Gut, das wir respektieren und weiter stärken wollen.

Brandenburg hat nur wenige Ressourcen, mit denen es seine Entwicklung nachhaltig vorantreiben kann. Wissenschaft gehört dazu. Investitionen in Wissenschaft und Forschung sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Landesregierung hat jedoch in den vergangenen Jahren die entsprechenden Mittel kontinuierlich verringert. Die Aufwendungen pro Kopf betragen gegenwärtig wenig mehr als 50 Prozent des bundesweiten Durchschnitts.

Ohne Kurskorrekturen wird im Jahr 2000 das Land nicht einmal der Hälfte seiner Abiturienten einen Studienplatz anbieten können. Eine besondere Anstrengung zu Gunsten von Wissenschaft und Forschung ist daher nicht nur sachlich geboten, sie ist ein Ausdruck der Verantwortung für das Land.

**Die CDU will durch Umschichtungen im Landeshaushalt Mittel zu Gunsten von Wissenschaft und Forschung freisetzen, um die Investitionen wieder auf das im Hochschulentwicklungsplan festgeschriebene Niveau zu führen.**

**Wir wollen die Autonomie der Hochschulen stärken, dazu ist eine ausreichende Finanzierung unabdingbar.**

**Brandenburg braucht eine Hochschulplanung, die verbindliche Rahmendaten enthält. Die CDU hält am Ziel von 20.000 flächenbezogenen Studienplätzen bis zum Jahr 2001 fest.**

**Es sind Programme zu entwickeln, um die Ausgründung technologieorientierter Unternehmen aus den Hochschulen heraus zu fördern. Wir brauchen einen gezielten Ausbau der anwendungsorientierten Forschungsinfrastruktur in Brandenburg. Die CDU verfolgt das Ziel, Wirtschaftsförderung und Technologietransfer zusammenzuführen, um die Innovationsfähigkeit der Unternehmen in Brandenburg zu stärken und die Ansiedlung von Unternehmen in technologischen Schlüsselbereichen zu fördern.**

01 Investitionen in Wis-  
02 senschaft und  
03 Forschung sind Inve-  
04 stitionen in die  
05 Zukunftsfähigkeit des  
06 Landes.

07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15  
16  
17  
18  
19  
20  
21  
22 Wir wollen die Auto-  
23 nomie der Hochschu-  
24 len stärken, dazu ist  
25 eine ausreichende  
26 Finanzierung  
27 unabdingbar.



Eine erfolgreiche Polizeiarbeit bedarf ausreichender gesetzlicher, personeller und technischer Grundlagen.

### 01 **C. Sicherheitsoffensive**

02

#### 03 Verbrechen wirksam bekämpfen

04

05 Die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist zentrale Aufgabe einer zeitgemäßen Innenpolitik.

06 Die Kriminalitätsentwicklung hat gerade in unserem Bundesland bedrohliche Ausmaße angenommen. Zudem nutzt die Organisierte Kriminalität den Raum Brandenburg und Berlin als „Dreh-scheibe“.

08

09

10 Eine erfolgreiche Polizeiarbeit bedarf ausreichender gesetzlicher, personeller und technischer

11 Grundlagen sowohl im präventiven Bereich als auch bei der Strafverfolgung. Verbrechens-

12 bekämpfungskonzepte können nicht aufgehen, wenn das Personal fehlt, das sie umsetzen soll.

13 Wir wollen die Innere Sicherheit für die Menschen sichtbar und erfahrbar machen, denn sie ist die

14 Basis für eine friedliche Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft im Land Brandenburg.

15

16 Auch zeigt sich, dass Wertemaßstäbe verschoben sind. Dies wird beispielsweise beim Opfer-

17 schutz deutlich. Während sich die Öffentlichkeit in der Regel ausführlich mit den Tätern beschäf-

18 tigt, finden die Opfer von Verbrechen meistens nur wenig Beachtung und Unterstützung. Die Bür-

19 ger erwarten jedoch zu Recht vom Staat, dass nicht nur die Rechte der Täter beachtet werden,

20 sondern dass auch die Opfer die notwendige Unterstützung erhalten.

21

22 **Die CDU fordert eine sicherheitspolitische Initiative, die auf eine Bestandsaufnahme der Inneren**

23 **Sicherheit, auf eine umfassende Diskussion über die Ursachen der bedrohlichen Kriminalitäts-**

24 **entwicklung und auf die Erarbeitung von Lösungen zur Kriminalitätsverhütung, Kriminalitäts-**

25 **bekämpfung und Justizvollzug gerichtet ist.**

26

Wir setzen uns ein für die Verbesserung der Situation von Verbrechenopfern.

27 **Wir setzen uns ein für die Verbesserung der Situation von Verbrechenopfern durch eine Stär-**

28 **kung ihrer Rechte im Gerichtsverfahren und bei der Durchsetzung von Schadensersatz- und**

29 **Schmerzensgeldansprüchen.**

30

31 **Eine Novellierung des Verfassungsschutzgesetzes des Landes Brandenburg ist nach Einschät-**

32 **zung der CDU unumgänglich. Dem Verfassungsschutz muss ermöglicht werden, die Aktivitäten**

33 **der Organisierten Kriminalität im Vorfeld zu beobachten.**

34

35 **Polizei und Justizorgane des Rechtsstaates müssen Rechtsbrechern sowohl in personeller als**

36 **auch in technischer Hinsicht überlegen sein. Erforderlich ist hierfür eine ausreichende Anzahl von**

37 **Beamten im Polizeivollzugsdienst sowie eine angemessene technische Ausstattung.**

<b>Die CDU setzt sich ein für eine verbesserte Vorbereitung der Bearbeiter von Straftaten der Organisierten Kriminalität durch Fort- und Weiterbildung, beispielsweise durch Wirtschaftsseminare und Fremdsprachenausbildung.</b>	01	<b>Die Verfolgung von</b>
	02	<b>Straftaten im grenz-</b>
	03	<b>nahen Bereich muss</b>
	04	<b>nach Ansicht der CDU</b>
<b>Politisch motivierten Gewalttaten von Links- und Rechtsextremisten muss hinsichtlich der Prävention und bei der Strafverfolgung eine besondere Bedeutung beigemessen werden.</b>	05	<b>dringend verbessert</b>
	06	<b>werden.</b>
	07	
	08	
<b><u>Sichere Grenzen - Innere Sicherheit als europäische Aufgabe</u></b>	09	
	10	
Seit der Öffnung der Binnengrenzen der Europäischen Union und dem Wegfall der inhereuropäischen Grenzkontrollen nutzt die Organisierte Kriminalität die neugewonnene Freizügigkeit. Um diesen international arbeitenden Organisationen wirkungsvoll begegnen zu können, ist eine funktionierende Zusammenarbeit der nationalen Sicherheitsbehörden zu gewährleisten.	11	
	12	
	13	
	14	
	15	
Durch die lange Grenze zu Polen wird unser Bundesland durch einen illegalen Zustrom von Ausländern aus Osteuropa und Asien und den damit einhergehenden Straftaten zunehmend belastet. Dies fördert Ängste und ein ablehnendes Verhalten gegenüber Ausländern. Auch deshalb muss nach Ansicht der CDU Brandenburg in unserem Bundesland mehr als bisher getan werden, um die Innere Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten und den Bürgern die Gewissheit zu geben, in einem sicheren Land zu leben.	16	
	17	
	18	
	19	
	20	
	21	
	22	
<b>Unser Ziel ist es, im Zuge des europäischen Einigungsprozesses ein europaweites Informationssystem zu schaffen, das den jeweils zuständigen Sicherheitsbehörden in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union den Austausch von Informationen über Straftaten und Täter ermöglicht.</b>	23	
	24	
	25	
	26	
<b>Die Verfolgung von Straftaten im grenznahen Bereich muss nach Ansicht der CDU dringend verbessert werden.</b>	27	
	28	
	29	
<b>Die CDU ist für die konsequente Abschiebung krimineller Ausländer. Dies dient nicht zuletzt dem Schutz rechtstreuer Ausländer vor Diskriminierung.</b>	30	
	31	

<b>Die CDU</b>	01	<b><u>Strafverfolgung und Strafvollzug stärken</u></b>
<b>Brandenburg fordert</b>	02	
<b>die konsequente</b>	03	Die Justiz verdient unser Vertrauen. Die Länge der Verfahren an Brandenburger Gerichten ist
<b>Anwendung und Aus-</b>	04	jedoch durch eine Reform der Organisations- und Ablaufstrukturen bei Staatsanwaltschaften und
<b>schöpfung bestehen-</b>	05	Gerichten deutlich zu verkürzen, ohne dabei die Rechte von Angeklagten zu beschränken.
<b>den Strafrechts.</b>	06	
	07	Die CDU Brandenburg fordert die konsequente Anwendung und Ausschöpfung bestehenden
	08	Strafrechts und - soweit erforderlich - dessen punktuelle Verschärfung. Wir wenden uns auch
	09	gegen Bestrebungen, Delikte wie Ladendiebstahl zu bagatellisieren, denn sie sind oft nur der Ein-
	10	stieg in weitere Kriminalität wie Raub und räuberische Erpressung. Auch muss der sinkenden
	11	Hemmschwelle bei Straftaten gegen Leib und Leben entgegengewirkt werden. Sie sind härter zu
	12	ahnden als Straftaten gegen Eigentum und Vermögen.
	13	
	14	Die Wirksamkeit von Polizeiaktionen und das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Polizei
	15	darf nicht dadurch untergraben werden, dass zwischen der Verhaftung von auf frischer Tat ertapp-
	16	ten Straftätern und der Eröffnung des Verfahrens lange Zeiträume verstreichen.
	17	
	18	Der Strafvollzug muss dem Täter die Chance zu Sühne und Wiedergutmachung bieten und gleich-
	19	zeitig den Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Verbrechern gewährleisten. Der Strafvollzug
	20	hat darüber hinaus, vor allem bei jungen Straftätern, die Aufgabe, soziales Verhalten zu trainieren.
	21	
	22	Auch der in den letzten Jahren verstärkt auftretenden Jugendkriminalität muss entgegengewirkt
	23	werden.
	24	
	25	<b>Die CDU fordert übersichtlichere und eindeutiger Schnittstellen zwischen Polizei, Staatsanwalt-</b>
	26	<b>schaften und Gerichten.</b>
	27	
	28	<b>Die Justizorgane müssen durch schnelleres und konsequenteres Handeln die Polizeiarbeit unter-</b>
	29	<b>stützen.</b>
<b>Zur Eindämmung der</b>	30	
<b>Jugendkriminalität</b>	31	<b>Zur Eindämmung der Jugendkriminalität bedarf es eines konsequenten Nebeneinanders von</b>
<b>bedarf es eines kon-</b>	32	<b>sozialtherapeutischer Prävention und strafrechtlichen Maßnahmen. Jugendliche Serientäter sol-</b>
<b>sequenten Nebenein-</b>	33	<b>len in geschlossenen Heimen betreut werden.</b>
<b>anders von sozialthe-</b>	34	
<b>rapeutischer Präven-</b>	35	<b>Bei „Heranwachsenden“ (18- bis 21jährige), die Straftaten begangenen haben, muss primär das</b>
<b>tion und strafrechtli-</b>	36	<b>Erwachsenenstrafrecht Anwendung finden.</b>
<b>chen Maßnahmen.</b>		

<b>Die CDU wird sich auf Bundesebene für eine Verschärfung der Höchststrafen bei Sexualstraftaten einsetzen.</b>	01	<b>Die CDU will die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften,</b>
	02	
	03	
<b>Die Vermögensziehung im Zusammenhang mit Straftaten muss erleichtert und Sanktionsmöglichkeiten beim Landfriedensbruch verschärft werden.</b>	04	<b>beispielsweise zur Korruptionsbekämpfung.</b>
	05	
	06	
	07	
<b>Die CDU will die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften, beispielsweise zur Korruptionsbekämpfung.</b>	08	

### 01 **D. Offensive für ein lebenswertes Brandenburg**

02

03

**Die Gemeinde vermittelt ihren Bürgern das Gefühl von Heimat und Nähe.**

#### 04 **Kommunen stärken**

05

06 Die historisch gewachsenen Gemeinden Brandenburgs, vor allem die vielen kleinen Dörfer, sind  
07 eine unerschöpfliche Quelle der Tatkraft und des Einfallsreichtums ihrer Bürger. Sie sind in Zeiten  
08 knapper Mittel eine durch nichts zu ersetzende Reserve des aktiven Gestaltungswillens und eine  
09 zukunftsweisende politische Kraft.

10

11

#### 12 ***Vielfalt und Eigenständigkeit der Gemeinden sichern***

13

14 **Die Gemeinde vermittelt ihren Bürgern das Gefühl von Heimat und Nähe. Sie vermittelt die**  
15 **Begegnungen mit dem Vertrauten, stärkt die eigene Individualität, stiftet Identität im örtlichen**  
16 **Rahmen. Es gilt, sämtliche Möglichkeiten auszuschöpfen, um in den kleinen Dörfern unseres**  
17 **Landes die Bürgernähe zu fördern, sowie das Gemeindeleben zu verbessern. Nur auf dieser**  
18 **Grundlage sind freiwillige Zusammenschlüsse zu größeren Einheiten denkbar.**

19

20 **Die Ämter haben die effektive Verwaltung der amtsangehörigen Gemeinden anzustreben. Sie**  
21 **müssen unpolitische Dienstleistende der Gemeinden sein und nicht deren Vormund.**

22

**Die CDU vertritt die Auffassung, dass gewachsene Gemeinden in ihrem historischen Bestand zu erhalten sind.**

23 **Die CDU vertritt die Auffassung, dass gewachsene Gemeinden in ihrem historischen Bestand zu**  
24 **erhalten sind.**

25

26 **Den Gemeinden ist größtmögliche politische Kompetenz und Zuständigkeit einzuräumen. Unser**  
27 **Ziel ist es, den Kommunen bei der Erarbeitung von Gesetzen, die sie betreffen, ein Mitsprache-**  
28 **recht zu garantieren.**

29

30

#### 31 ***Zukunftsweisendes Stadtmarketing - Neue Vitalität für die Innenstädte***

32

33 Die Innenstädte Brandenburgs sollen zu Zentren des Lebens in den Regionen entwickelt werden.  
34 Funktionsvielfalt und leichte Erreichbarkeit sind die Eckpfeiler einer attraktiven Innenstadt.

In vielen Bereichen der kommunalen Verwaltung ist Privatisierung durchaus sinnvoll. Es muss allerdings sichergestellt werden, dass die beauftragten Firmen nicht durch Monopolbildung zu einem späteren Zeitpunkt allein die Preise bestimmen können.	01	<b>Die CDU will die Belebung der Innenstädte durch eine Intensivierung der Sanierungs- und Modernisierungsförderung beschleunigen.</b>
	02	
	03	
	04	
Nur mit einem modernen und zukunftsweisenden Standort- und Stadtmarketing werden die Kommunen in die Lage versetzt, sich den Herausforderungen der eigenen und regionalen Zukunftssicherung zu stellen.	05	
	06	
	07	
	08	
Intakte Innenstädte sind Ergebnis einer zielgerichteten Zusammenarbeit aller interessierten Akteure. Schädlich für die Innenstädte sind die aktuellen Entwicklungen bei der Ansiedlung großflächigen Einzelhandels auf der „grünen Wiese“. Dies hat negative Folgen für die Beschäftigung, wirkt sich in der räumlichen Verteilung schädlich auf die Versorgungsdichte aus. Der Einzelhandel im ländlichen Raum wird verdrängt, und die Innenstädte veröden.	09	
	10	
	11	
	12	
	13	
<b>Die CDU will die Belebung der Innenstädte durch eine Intensivierung der Sanierungs- und Modernisierungsförderung beschleunigen.</b>	14	
	15	
	16	
	17	
<b>Das Baurecht und die überzogenen Vorschriften des Denkmalschutzes dürfen der Innenstadtentwicklung nicht im Wege stehen.</b>	18	
	19	
	20	
	21	
<b>Finanzkraft der Kommunen stärken</b>	22	
	23	
Die CDU Brandenburg setzt sich nachdrücklich für eine realistische Abschätzung der finanziellen Auswirkungen von Gesetzesvorhaben auf die kommunale Ebene ein.	24	
	25	
	26	
Die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung schließt auch die finanzielle Eigenverantwortung ein. Die finanziellen Zuweisungen an die Kommunen müssen diesen wieder gestalterische Spielräume öffnen.	27	
	28	
	29	
	30	
Die CDU setzt sich dafür ein, die den Kommunen zustehenden Mittel unmittelbar und ohne bürokratische Antragsverfahren an diese auszureichen. Denn die Verantwortlichen in den Kommunen wissen am besten, in welchen Bereichen Haushaltsmittel sinnvoll einzusetzen sind.	31	
	32	
	33	
	34	<b>Förderprogramme dürfen nicht durch bürokratische Hürden ins Leere laufen.</b>
Auch die Bevormundung der Kommunen durch die Vergabebedingungen muss beendet werden.	35	
Förderprogramme dürfen nicht durch bürokratische Hürden und unerfüllbare Kofinanzierungsmodalitäten ins Leere laufen.	36	
	37	

## Offensive für ein lebenswertes Brandenburg

---

<b>Die CDU setzt sich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch eine ausreichende Finanzausstattung ein.</b>	01	<b>Die CDU setzt sich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung durch eine ausreichende</b>
	02	<b>Finanzausstattung ein.</b>
	03	
	04	<b>Ziel der CDU ist es, den Gemeinden und Städten mehr Mittel für die Umsetzung ihrer kommunalen</b>
	05	<b>Verkehrsplanung zur Verfügung zu stellen.</b>
	06	
	07	<b>Normen und Standards müssen auf das erforderliche Mindestmaß reduziert werden, um den</b>
	08	<b>Weg für innovative und wirtschaftliche Lösungen freizumachen und die Kommunen finanziell zu</b>
	09	<b>entlasten.</b>
	10	
	11	
	12	<b><i>Kommunale Planungshoheit garantieren</i></b>
<b>Die fortschreitende Aushöhlung der Planungshoheit der Kommunen ist nicht hinnehmbar.</b>	13	
	14	<b>Es muss den Gemeinden überlassen werden, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im</b>
	15	<b>Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln.</b>
	16	
	17	<b>Die fortschreitende Aushöhlung der Planungshoheit der Kommunen ist nicht hinnehmbar. Wir</b>
	18	<b>lehnen eine kleinliche Bevormundung der kommunalen Ebene durch sogenannte Planungs-</b>
	19	<b>grundsätze wie die „zentralörtliche Gliederung“ ab.</b>
	20	
	21	<b>Der zweistufige Verwaltungsaufbau weist den Kommunen die Hauptlast der Verwaltung des Lan-</b>
	22	<b>des Brandenburg zu, ohne dieser Verantwortung durch eine geeignete Repräsentanz auf der Ent-</b>
	23	<b>scheidungsebene Rechnung zu tragen. Der Einfluss und die Erfahrungen der Entscheidungsträger</b>
	24	<b>vor Ort müssen stärkere Berücksichtigung finden, gegebenenfalls auch in einer Kommunalkam-</b>
25	<b>mer.</b>	
26		
27	<b>Die CDU wendet sich gegen jegliche Einschränkung der verfassungsmäßig garantierten kommunalen</b>	
28	<b>Selbstverwaltung.</b>	
29		
30	<b>Alle Aufgaben, die Gemeinden eigenständig oder mit Hilfe der Amtsverwaltung wahrnehmen</b>	
31	<b>können, müssen in der Zuständigkeit der Gemeinden und Ämter bleiben beziehungsweise auf</b>	
32	<b>diese übergehen.</b>	
33		
34	<b>Die CDU fordert die Ausstattung der Gemeinden mit moderner Kommunikationstechnik.</b>	

**Kommunales Ehrenamt stärken**

Die von den ehrenamtlich tätigen Mandatsträgern in den Kommunen mit erheblichem Zeitaufwand und hohem persönlichen Einsatz geleistete Arbeit muss bei der notwendigen Überarbeitung der Aufwandsentschädigungsverordnung angemessen gewürdigt werden.

Diese muss berücksichtigen, dass die kommunalen Vertreter in ihrem Wirkungsbereich verantwortliche Aufgaben verbunden mit persönlicher Haftung zu erfüllen haben. Die gesellschaftliche Würdigung dieser Leistungen wirkt sich zwangsläufig auf das Ansehen der kommunalen Mandatsträger und damit auch auf die Bereitschaft der Bürger zur Übernahme derartiger Aufgaben aus.

**Das Ehrenamt in den Gemeinden muss gestärkt werden. Die Entschädigung des materiellen, zeitlichen und ideellen Aufwands der ehrenamtlichen Mandatsträger ist angemessen zu regeln.**

**Starke Regionen entwickeln**

Die Entwicklung Brandenburgs ist geprägt durch die Lage der Bundeshauptstadt Berlin im Zentrum des Landes Brandenburg. Vom Aufschwung erfasst sind in den zurückliegenden Jahren vorrangig berlinnahe Räume, während berlinferne Regionen immer weiter abgekoppelt werden.

**Regionale Potentiale weiterentwickeln**

Im Gegensatz zur Organisationsstruktur der Städte ist der ländliche Raum in starkem Maße von informellen Strukturen und ehrenamtlicher Mitarbeit getragen. Gerade für das Sozialgefüge des ländlichen Raumes ist eine einfache Übertragung städtischer Anforderungsprofile unangemessen.

Der ländliche Raum hat auf Dauer dann die besten Chancen, wenn er seine Eigenarten erhält und ein eigenes Selbstbewusstsein entwickelt.

**Die CDU will das Prinzip der „dezentralen Konzentration“ kritisch überprüfen und der realen Entwicklung entsprechend ändern. Ziel der Überprüfung muss sein, dass künftige Entwicklungskonzepte vorhandene Potentiale der Regionen weder unangemessen forcieren noch unzumutbar beeinträchtigen.**

01 Das Ehrenamt in den  
02 Gemeinden muss  
03 gestärkt werden.  
04  
05  
06

13  
14  
15  
16  
17  
18

19  
20  
21  
22  
23  
24  
25

26  
27 Gerade für das Sozial-  
28 gefüge des ländlichen  
29 Raumes ist eine einfa-  
30 che Übertragung  
31 städtischer Anforde-  
32 rungsprofile unange-  
33 messen.  
34  
35  
36  
37



Ziel der CDU ist es, zukunftssträchtige Wirtschaftsprojekte im ländlichen Raum zu unterstützen und Landwirtschaft, Handwerk und Mittelstand besonders zu fördern.

01 ***Zukunftschancen für den ländlichen Raum***

02

03 Die ländlichen Räume müssen als Lebens- und Arbeitsort attraktiv gestaltet werden. Dafür brauchen wir eine integrierte Strukturpolitik. Dies gilt sowohl für die soziale Infrastruktur, Straßen, Verkehrssysteme und Kommunikationsleitungen als auch für ein attraktives Bildungs- und Ausbildungsangebot, um vor allem der Jugend auf dem Land eine Perspektive zu geben.

07

08 **Ziel der CDU ist es, zukunftssträchtige Wirtschaftsprojekte im ländlichen Raum zu unterstützen und Landwirtschaft, Handwerk und Mittelstand besonders zu fördern.**

09

11 **Wir setzen uns für die Aufrechterhaltung einer wohnortnahen öffentlichen und privaten Dienstleistungsstruktur sowie für wohnortnahe Arbeitsplätze ein.**

12

14 **Die CDU fordert abgestimmte Förderkonzepte zur Erhaltung und Entwicklung der ländlichen Räume.**

15

16

17

18 **Für eine soziale und familienfreundliche Gesellschaft**

19

20 Wir wollen die Handlungsfreiräume des einzelnen durch mehr Eigenverantwortung und Mitbestimmung stärken. Reicht die Kraft des einzelnen nicht aus, hat die Gemeinschaft die Verpflichtung zur Hilfe. Es ist darüber hinaus Aufgabe des Sozialstaates, leistungsfähige Einrichtungen zu schaffen, die in der Lage sind, besondere Lasten und Risiken aufzufangen. Doch staatliche Hilfe muss immer zuerst Hilfe zur Selbsthilfe sein. Mitverantwortung, Solidarität und Partnerschaft sind für uns wichtige Elemente einer am Menschen orientierten Gesellschaftspolitik. Solidarität verbindet die Menschen miteinander.

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

***Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme erhalten***

Wir wollen eine menschliche Gesellschaft, deren Grundprinzipien Solidarität und Subsidiarität sind. Die Sozialsysteme stellen für viele Menschen die wichtigste Sicherung gegen die großen Lebensrisiken Krankheit, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit und Altersarmut dar. Rückläufige Geburtenzahlen, steigende Lebenserwartung und hohe Arbeitslosigkeit stellen die sozialen Sicherungssysteme vor große Herausforderungen.

**Mitverantwortung, Solidarität und Partnerschaft sind für uns wichtige Elemente einer am Menschen orientierten Gesellschaftspolitik.**

Die Leistungsfähigkeit des Sozialsystems muss insbesondere im Interesse derjenigen, die auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen sind, gesichert werden.	01	Das verantwortungsbewusste Verhalten aller Beteiligten stellt eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des Sozialstaates dar.
Auf die steigende Lebenserwartung und den wachsenden Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft wollen wir mit einer Reform der sozialen Sicherungssysteme reagieren. Diese dürfen nicht zu einer übermäßigen Belastung für Beitragszahler und Arbeitgeber werden.	02	
	03	
	04	
	05	
	06	
	07	
Das verantwortungsbewusste Verhalten aller Beteiligten stellt eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des Sozialstaates dar. Jeglichem Missbrauch muss deshalb entschieden begegnet werden.	08	
	09	
	10	
	11	
Infolge des eingeschränkten finanziellen Handlungsspielraumes öffentlicher Kassen sind Prioritätensetzung und Zielgenauigkeit beim Mitteleinsatz unabdingbar.	12	
	13	
	14	
Kirchliche, gemeinnützige und private Träger sind darüber hinaus unersetzliche Bestandteile unseres Sozialwesens und Voraussetzung für ein pluralistisches sozial- und gesellschaftspolitisches Angebot. Sie müssen wissen, dass sie in ihrem Engagement mit der Unterstützung und der Wertschätzung des Landes rechnen können.	15	
	16	
	17	
	18	
	19	
	20	
<i>Familie - wichtigste Säule der Gesellschaft</i>	21	
	22	
Die Familie stellt für uns die wichtigste Säule der Gesellschaft dar. Sie hat als Lebens- und Erziehungsgemeinschaft eine herausgehobene Bedeutung. In der Familie sind die Bedeutung und die Notwendigkeit von Gemeinschaft am deutlichsten zu erfahren. Familien leisten wertvolle und unverzichtbare Dienste für unsere Gesellschaft.	23	
	24	
	25	
	26	
	27	
Die CDU will die Familie als unverzichtbaren Kern der Gesellschaft stärken und zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien beitragen.	28	Die CDU will die Familie als unverzichtbaren Kern der Gesellschaft stärken.
	29	
	30	
Wir treten außerdem für den Ausbau des Beratungsangebotes für Familien und eine Verbesserung des Angebotes an familienfreundlichen Freizeiteinrichtungen und Ferienstätten ein.	31	
	32	
	33	
Die CDU macht sich dafür stark, dass die Arbeit mit und für Kinder größere Anerkennung findet.	34	
	35	
Nach wie vor führt das Spannungsverhältnis zwischen Beruf und Familie insbesondere für Frauen zu Entscheidungskonflikten. Durch ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot	36	
	37	

## Offensive für ein lebenswertes Brandenburg

---

Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft.	01	<b>von Kinderbetreuungsplätzen zu vertretbaren Beiträgen wird Müttern die Vereinbarkeit von</b>
	02	<b>Familie und Berufstätigkeit erleichtert.</b>
	03	
	04	
	05	<b><i>Unbeschwerte Kindheit - Kinderlärm ist Zukunftsmusik</i></b>
	06	
	07	<b>Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft. Wir brauchen mehr Verständnis</b>
	08	<b>für Kinder und eine stärkere Rücksichtnahme auf die Belange von Kindern.</b>
	09	
	10	<b>Die CDU setzt sich für ein kindgerechtes Wohnumfeld, Spielplätze und Freizeitangebote für Kin-</b>
	11	<b>der ein.</b>
	12	
	13	<b>Wichtige Aufgabe der Erziehung muss jedoch auch sein, schon im Kindesalter die Grundlagen</b>
	14	<b>der Werte unserer Gesellschaft zu vermitteln. Dazu gehören das Verständnis unserer Kultur und</b>
	15	<b>Geschichte ebenso wie die Achtung des Lebens, der Freiheit und des Gemeinwohls sowie die</b>
	16	<b>Anerkennung von Werten wie Toleranz und Nächstenliebe.</b>
	17	
	18	
	19	<b><i>Gesundheitssystem sichern</i></b>
Die Deckelung der Ausgaben darf nicht zu Einschränkungen in der medizinischen Versorgung führen.	20	
	21	<b>Die gesicherte Finanzierung unseres Gesundheitswesens hat für die CDU Brandenburg einen</b>
	22	<b>hohen Stellenwert.</b>
	23	
	24	<b>Es ist unser Ziel, das Leistungsspektrum der modernen Medizin für alle Bürger nutzbar zu halten</b>
	25	<b>und ein dichtes Versorgungsnetz aufrechtzuerhalten. Sinnvolle medizinische Entwicklungen</b>
	26	<b>sowohl in der Diagnostik als auch in der Therapie sollen für alle Patienten verfügbar bleiben. Die</b>
	27	<b>Deckelung der Ausgaben darf nicht zu Einschränkungen in der medizinischen Versorgung führen.</b>
	28	
	29	<b>Das Gesundheitssystem soll patientenfreundlich und bedarfsorientiert gestaltet werden. Um</b>
	30	<b>eine Stabilisierung der Krankenversicherungsbeiträge zu bewirken, bedarf es in erster Linie eines</b>
	31	<b>wirtschaftlicheren Einsatzes der verfügbaren Mittel.</b>
	32	
	33	<b>Im Krankenhausbereich wollen wir optimale Versorgung mit mehr Wirtschaftlichkeit verbinden.</b>
	34	<b>Wir brauchen zudem berechenbare Rahmenbedingungen für die niedergelassenen Ärzte in Bran-</b>
	35	<b>denburg, die das Fundament der ambulanten Versorgung darstellen.</b>

**Frauenpolitik und Gleichberechtigung fördern**

Die CDU tritt für ein partnerschaftliches Miteinander von Männern und Frauen in allen Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens ein. Wir wollen Chancengerechtigkeit für Frauen und Männer auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Einer Unterrepräsentierung von Frauen in bestimmten Berufsbereichen und Führungspositionen muss durch geeignete Fördermaßnahmen begegnet werden.

Die CDU setzt sich für die gesellschaftliche und versicherungsrechtliche Anerkennung der Familienarbeit, der Kindererziehung und Pfl egetätigkeit ein. Denjenigen, die ihre Erwerbstätigkeit für diese Aufgaben unterbrechen, muss die Rückkehr ins Berufsleben durch flankierende Unterstützung erleichtert werden.

**Senioren gehören in die Mitte der Gesellschaft**

Ältere Menschen bleiben immer länger körperlich und geistig aktiv. Sie erwarten zu recht, als wichtige und leistungsfähige Mitglieder unserer Gesellschaft Akzeptanz zu finden und ihre Lebenserfahrung und Kompetenz für die Gesellschaft einsetzen zu können.

Seniorenpolitik ist eine politische Querschnittsaufgabe, die alle Belange und Interessen älterer Menschen einschließt. Sie muss so vielfältig sein wie deren Bedürfnisse, Interessen und Lebensgestaltung und ihre Selbständigkeit, Unabhängigkeit und gesellschaftliche Beteiligung fördern. Durch die Einbindung älterer Menschen in familiäre, nachbarschaftliche und gesellschaftliche Strukturen kann altersbedingter Einsamkeit und Isolation begegnet werden. Die CDU setzt sich für Kommunikation und generationsverbindende Aktivitäten zur Förderung von Toleranz und gegenseitiges Verständnis ein.

Die CDU will ein ausreichendes Angebot an Freizeitaktivitäten für ältere Menschen, die dem Bedürfnis nach Geselligkeit, Aktivitäten und Entspannung Rechnung tragen. Dazu gehören kulturelle Angebote, Bildungs- und Informationsveranstaltungen sowie sportliche Aktivitäten.

Wir wollen ein Betreuungssystem, das dem Anspruch pflegebedürftiger älterer Menschen gerecht wird und auf deren Bedürfnisse zugeschnitten ist.

01 Wir wollen Chancen-  
02 gerechtigkeit für  
03 Frauen und Männer  
04 auf allen Ebenen und  
05 in allen gesellschaftli-  
06 chen Bereichen.

07  
08  
09  
10  
11  
12  
13  
14  
15

16  
17  
18  
19  
20  
21

22  
23  
24

25 Durch die Einbindung  
26 älterer Menschen in  
27 familiäre,  
28 nachbarschaftliche  
29 und gesellschaftliche  
30 Strukturen kann  
31 altersbedingter Ein-  
32 samkeit und Isolation  
33 begegnet werden.

34  
35

Die Eingliederung  
Behinderter muss in  
allen Lebensphasen  
gefördert werden.

01 **Menschen mit Behinderung integrieren – behindertengerechte Umwelt verwirklichen**  
02  
03 Eine menschliche Gesellschaft grenzt Behinderte nicht aus, sondern bezieht sie in alle Bereiche  
04 des gesellschaftlichen Lebens ein. Vielerorts mangelt es an einer behindertengerechten Gestal-  
05 tung öffentlicher Einrichtungen und Verkehrsmittel, an Arbeitsplätzen und Ausbildungschancen  
06 für Behinderte sowie an geeignetem Wohnraum. Die Eingliederung Behinderter muss in allen  
07 Lebensphasen gefördert werden.

08

09 **Integration ist nicht allein Aufgabe des Staates, sie ist vielmehr eine Verpflichtung für uns alle, die**  
10 **stärker in den Mittelpunkt des Bewusstseins gerückt werden muss.**

11

12 **Die beruflichen Chancen Behinderter sollen weiter verbessert und behinderungsbedingte Nach-**  
13 **teile so weit wie möglich ausgeglichen werden.**

14

15

16 **Sport und Vereine - Freizeit in der Gemeinschaft gestalten**

17

18 Um Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitgestaltung zu ermöglichen und bei ihnen Teamgeist, Fair-  
19 ness, Solidarität und Disziplin zu fördern, müssen insbesondere Vereine und sportliche Angebote  
20 stärker als in der Vergangenheit unterstützt werden.

21

22 **Ein Programm „Schule und Sport“ soll die Kooperation der Schulen mit sportlichen Angeboten**  
23 **von Vereinen und Verbänden unterstützen.**

24

Die finanziellen Mittel  
für den Bau und  
Erhalt von Sportstät-  
ten werden  
aufgestockt.

25 **Die finanziellen Mittel für den Bau und Erhalt von Sportstätten werden aufgestockt.**

26

27 **Die CDU fördert die Anerkennung des persönlichen Einsatzes ehrenamtlicher Helfer in Vereinen**  
28 **und Verbänden durch die Verleihung einer „Helfer-Card“. Sie berechtigt zur ermäßigten Nutzung**  
29 **öffentlicher Verkehrsmittel und verbilligtem Eintritt bei kulturellen Veranstaltungen.**

30

31 **Ein Netzwerk „Zukunft im Verein - Vereine mit Zukunft“ wird ins Leben gerufen. Es koordiniert**  
32 **die Angebote zur Weiterbildung von Übungsleitern, Trainern und Sportfunktionären.**

**Kultur-Land Brandenburg**

An der Entwicklung der letzten Jahre lässt sich ablesen, dass die Kultur von der Landesregierung vernachlässigt worden ist.

01 **Brandenburg ist bei**  
02 **der Kulturförderung**  
03 **bundesweit das**  
04 **Schlusslicht.**

***Kultur-Land Brandenburg erhalten***

Der Theater- und Orchesterbereich waren geprägt von Spartenschließungen, Budgetkürzungen, Stellenreduzierungen und Kooperationen als Vorstufe zur Abwicklung. Inzwischen stehen die ersten Theater und Orchester als eigenständige Institutionen vor dem Aus.

05  
06  
07  
08

Brandenburg ist bei der Kulturförderung bundesweit das Schlusslicht.

09  
10  
11  
12

Ebenso unzureichend sind die Bemühungen des Landes in der Denkmalpflege. Ein eigenständiger Beitrag des Landes zur Denkmalpflege findet nicht mehr statt. Dadurch droht unwiederbringlich der Verfall von dringend rettungsbedürftigen Baudenkmalern.

13  
14  
15  
16  
17  
18

**Die CDU tritt dafür ein, die Anstrengungen des Landes zu erhöhen, um weitere Schädigungen der kulturellen Substanz Brandenburgs zu vermeiden.**

19  
20  
21

**Die Kommunen müssen durch finanzielle Entlastungen in die Lage versetzt werden, sich in ihrem Verantwortungsbereich wieder stärker kulturell engagieren zu können.**

22  
23  
24

**Die CDU will die Mittel des Landes zur Denkmalpflege spürbar erhöhen.**

25 **Die CDU will die Mit-**  
26 **tel des Landes zur**  
27 **Denkmalpflege spür-**  
28 **bar erhöhen.**

***Medienstandort stärken***

Die unterschiedlichen Medien haben in den vergangenen Jahren verschiedene Entwicklungen erfahren. Während die Printmedien eine konstante Größe darstellen, haben Hörfunk, Film und Fernsehen sowie die Online-Dienste rasch an Bedeutung gewonnen. Dieser Entwicklung muss das Land Brandenburg Rechnung tragen. Insbesondere geht es darum, in der boomenden Medienbranche Investoren Ansiedlungsanreize zu geben, um damit den Medienstandort Brandenburg kontinuierlich auszubauen und zukunftsweisende Arbeitsplätze zu schaffen.

29  
30  
31  
32  
33  
34  
35

## Offensive für ein lebenswertes Brandenburg

---

Wir wollen eine „Medienagentur Brandenburg“ gründen.

01 Wir wollen eine „Medienagentur Brandenburg“ gründen. Sie hat den Auftrag, bestehende Prestige-  
02 tigeprojekte wie den Standort Potsdam-Babelsberg zu fördern und durch die gezielte Anwer-  
03 bung von Medienanbietern aus den Bereichen Fernsehen, Hörfunk und Film neue Standorte zu  
04 entwickeln.

05

06 Eine Experten-Kommission soll Konzepte gegen die Bedrohung und Missachtung des Jugend-  
07 und Verbraucherschutzes in den Medien entwickeln.

08

09 Der zielgerichtete Aufbau von Kompetenz in Landesregierung und Verwaltung bezüglich der  
10 Online-Dienste muss vorangetrieben werden, um von den Wachstumspotentialen dieser Bran-  
11 che in Brandenburg künftig stärker zu profitieren.

12

13 Ziel der CDU ist es, den stufenweisen Internet-Zugang aller weiterführenden Schulen zu realisieren.

14

15

### Wohnen in Brandenburg - Bestand modernisieren

16

17  
18 Die bestehenden Lösungsansätze in der Wohnungspolitik müssen einer grundsätzlich kritischen  
19 Überprüfung unterzogen werden.

20

21 In den Mittelpunkt der Wohnungsbaupolitik muss in der kommenden Zeit das Ziel der Wohn-  
22 raummodernisierung, die Förderung einer vielfältigen Eigentümerstruktur und eine Reform des  
23 Wohngeldes rücken.

24

Gerade die in industrieller Plattenbauweise errichteten Wohnungsbaugebiete müssen eine deutliche Aufwertung durch Modernisierung und Wohnumfeldverbesserung erfahren.

25 Gerade die in industrieller Plattenbauweise errichteten Wohnungsbaugebiete müssen eine deutliche  
26 Aufwertung durch Modernisierung und Wohnumfeldverbesserung erfahren. Nur so kann die  
27 bestehende gesunde Mieterstruktur aufrecht erhalten werden.

28

29 Die CDU will die vorhandenen Mittel der Wohnungsbauförderung vorrangig für die von vielen  
30 Mietern gewünschte Modernisierung und Sanierung des vorhandenen Wohnungsbestandes ein-  
31 setzen.

32

33 Daneben ist es uns wichtig, auch in der Wohnungspolitik Anreize für die Entwicklung in den länd-  
34 lichen Räumen des Landes zu schaffen. Für den Erhalt der gewachsenen Strukturen in unseren  
35 Dörfern ist es unverzichtbar, dass junge Familien vor Ort die Möglichkeit haben, sich ihr Heim zu  
36 errichten. Dem wollen wir durch die verstärkte Förderung des Neubaus von Eigenheimen für brei-  
37 tere Schichten der Bevölkerung Rechnung tragen.

Wir fordern die Reform des Wohngeldgesetzes. Bund und Länder gemeinsam müssen nicht nur die Struktur des Wohngeldes ändern, sondern insgesamt deutlich mehr Mittel für die Empfänger zur Verfügung stellen.

01 Der Erhaltung und  
02 Pflege der Artenviel-  
03 falt in Natur und  
04 Landschaft gilt  
05 unsere besondere  
06 Aufmerksamkeit.

**Schutz und Erhaltung einer intakten Umwelt – Verantwortung für die Zukunft**

Die CDU bekennt sich zur Schöpfung. Der Erhaltung und Pflege der Artenvielfalt in Natur und Landschaft gilt unsere besondere Aufmerksamkeit, ebenso dem sparsamen Ressourcenverbrauch und dem Prinzip der Nachhaltigkeit in allen umweltrelevanten Bereichen.

07  
08  
09  
10  
11  
12

***Natur und Landschaft erhalten und erlebbar machen***

Natur und Landschaft sind so zu pflegen, dass sie den nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Wir sind für eine Naturschutzpolitik, die von den Menschen verstanden und von ihnen mitgetragen wird. Ein effektiver und zukunftsgerichteter Naturschutz ist insbesondere ohne die Akzeptanz der Land- und Forstwirte, die große Teile des Landes bewirtschaften, nicht möglich.

13  
14

Die CDU tritt dafür ein, keine weiteren Großschutzgebiete auszuweisen. Zur Sicherung der nachhaltigen Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes sind Ökonomie und Ökologie nur im Einklang weiter zu betreiben.

15  
16  
17  
18  
19

Die CDU setzt sich aus Effizienz- und Kostengründen für den Abbau der bestehenden Doppelverwaltungen im Naturschutzbereich ein.

20  
21  
22  
23  
24  
25  
26  
27

***Abwasser- und Abfallentsorgung – umweltverträglich und bürgerfreundlich***

Die Minimierung des Schadstoffeintrages in die Natur ist einer der Grundsätze der Abwasserbeseitigung und der Abfallwirtschaft.

28

Ziel der CDU ist es, die Abwasserentsorgung technisch, rechtlich, finanziell und organisatorisch so zu gestalten, dass die Belastungen für die Bürger in Grenzen gehalten und mittelfristig bundesdeutsche Durchschnittswerte erreicht werden.

29 Ziel der CDU ist es,  
30 die Abwasserentsor-  
31 gung technisch,  
32 rechtlich, finanziell  
33 und organisatorisch  
34 so zu gestalten, dass  
35 die Belastungen für  
36 die Bürger in Grenzen  
37 gehalten werden.

Privatisierungen der Aufgaben sind überall dort anzustreben, wo sich dadurch kostengünstigere Lösungen anbieten.



## Offensive für ein lebenswertes Brandenburg

---

**Abfallvermeidung muss den Vorrang vor Abfallverwertung und Abfallbeseitigung haben.**

01 Die CDU setzt sich dafür ein, die Abfallwirtschaft gemeinsam mit dem Bundesland Berlin nach  
02 dem neuesten Stand der Technik, getreu dem Verursacherprinzip und bei erträglichen Belastun-  
03 gen für die Bürger zu organisieren.  
04

05 **Abfallvermeidung muss den Vorrang vor Abfallverwertung und Abfallbeseitigung haben.**  
06  
07

### 08 Kirche in Brandenburg - Orientierung und sozialer Halt

09

10 Die CDU würdigt den Beitrag der Kirchen zu geistigen Orientierung und zum sozialen Zusammen-  
11 halt unserer Gesellschaft.  
12

13 Der Artikel 7 des Grundgesetzes gewährt das Recht auf Religionsunterricht. Dieses Recht wird  
14 Schülern in Brandenburg verweigert.  
15

16 **Die CDU unterstützt die Kirchen bei der Wahrnehmung ihrer karitativen, kulturellen und schuli-  
17 schen Aufgaben.**  
18

19 **Ziel der CDU ist es, an Brandenburgs Schulen einen frei wählbaren Religionsunterricht als ordent-  
20 liches und gleichberechtigtes Unterrichtsfach einzurichten.**  
21

22 **Die Identität und das Gesicht unseres Landes werden untrennbar mitbestimmt von vielen Kir-  
23 chen und anderen Baudenkmalern mit religiösem Hintergrund. Sowohl die evangelische als auch  
24 die katholische Kirche können die damit verbundenen Baulasten allein nicht mehr tragen. Die  
25 CDU tritt dafür ein, dass die bisherigen unzureichend Bemühungen des Landes in der Denkmal-  
26 pflege durch ein stärkeres Engagement abgelöst werden.**  
27  
28

### 29 Integration ausländischer Mitbürger voranbringen

30

**Wir wollen Ausländer sozial und wirtschaftlich integrieren, um Ausgrenzung wirksam zu begegnen.**

31 Die Integration ausländischer Mitbürger ist uns ein besonderes Anliegen. Ihre Kulturen, Religio-  
32 nen und Gebräuche stellen für unsere Gesellschaft eine Bereicherung dar.  
33

34 **Wir wollen Ausländer sozial und wirtschaftlich integrieren, um Ausgrenzung wirksam zu begeg-  
35 nen.**

Der Eingliederung der nachwachsenden Generationen durch geeignete Maßnahmen im Schul- und Ausbildungssystem kommt besondere Bedeutung zu.

Die CDU setzt sich für den Schutz von Ausländern vor Diffamierung und Übergriffen ein.

#### Zusammenarbeit der Länder – Brandenburg im Herzen Europas

Das Land Brandenburg liegt im Herzen Europas an der Nahtstelle zwischen West- und Osteuropa. Es muss seine Wettbewerbsfähigkeit in der von den westlichen Demokratien geprägten Europäischen Union behaupten und dabei die Chancen, die sich aus der Nähe zu den osteuropäischen Staaten ergeben, nutzen. Der Wettbewerb zwischen den Ländern und Regionen wird in den kommenden Jahren weiter wachsen. Dies darf nicht als Belastung, sondern muss als Chance begriffen werden, da Wettbewerb Leistung und Innovation fördert. Es kommt darauf an, alle Entwicklungspotentiale auszuschöpfen, nicht zuletzt die, die sich aus der Nachbarschaft zur Bundeshauptstadt Berlin ergeben. Die Region Berlin-Brandenburg hat beste Voraussetzungen, im nationalen und internationalen Wettbewerb zu bestehen.

Die CDU Brandenburg hält am Ziel einer Fusion der beiden Bundesländer Brandenburg und Berlin fest. Ein neuer Anlauf zur Länderehe soll Anfang des neuen Jahrhunderts erfolgen.

Die Solidarität der westlichen Bundesländer mit Ostdeutschland bleibt unverzichtbar. Finanzielle Transfers sind auch auf weitere Sicht notwendig. Dies entbindet das Land Brandenburg nicht von der Pflicht, seine Anstrengungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen.

Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern müssen auf den Prüfstand gestellt und dabei die Länder in ihren originären Aufgabenbereichen wie der Entwicklung von Wirtschaft und Landwirtschaft, der Bildungs- und Hochschulpolitik sowie dem Städtebau durch Entflechtung der Mischfinanzierungen gestärkt werden.

Die Europäische Union ist Garant für Frieden und Wohlstand. Die politische Union muss ausgebaut werden. Dabei soll dem Prinzip der Subsidiarität weiter Rechnung getragen werden. Die Identität der Regionen muss erhalten bleiben.

01 Die Region Berlin-  
02 Brandenburg hat  
03 beste Voraussetzun-  
04 gen, im nationalen  
05 und internationalen  
06 Wettbewerb zu  
07 bestehen.

08

09

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

Ein neuer Anlauf zur  
Länderehe soll  
Anfang des neuen  
Jahrhunderts  
erfolgen.